

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 3 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11698

### Die Berufsverhältnisse im Deutschen Baomalergewerbe.

Die Veröffentlichung der umfangreichen Ergebnisse unserer großen Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, überhaupt über die Lage im Baomalergewerbe, liegt unsern Mitgliedern seit längerer Zeit in Buchform vor. Das mit großer Sachkenntnis durchgearbeitete außerordentlich wichtige statistische Material gibt unsern Berufskollegen aufschlußreiche Einblicke über alle Gebiete des Malergewerbes und verdient es, von allen denkenden Kollegen studiert und seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt zu werden.

Seit jeher hat der Vorstand auf sorgfältige und gewissenhaft durchgeführte Statistiken über die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unserer Berufsangehörigen das größte Gewicht gelegt und damit allen tätigen Kollegen in ihrer Werbe- und Agitationsfähigkeit für den weiteren Aufstieg unserer Organisation ein unentbehrliches Hilfsmittel gegeben.

Die genaue Kenntnis unserer Berufsverhältnisse ist ja die Grundlage zu jeder planmäßigen Organisationsarbeit. Große Wandlungen in der Struktur des Baomalergewerbes sind in den letzten vierzig Jahren eingetreten; diese für die Weiterentwicklung entscheidungsvollen Verhältnisse kennenzulernen und notwendige Schlüsse daraus zu ziehen, ist eine der wesentlichen Aufgaben unserer periodischen Erhebungen. Es dürfte in unsern Reihen keinen Kollegen geben, der bei seiner fleißigsten Werbearbeit für den Verband den Wert und die Bedeutung einer zuverlässigen Verbandsstatistik noch nicht erfahren hätte. Hier werden die tatsächlichen Verhältnisse zahlenmäßig festgelegt, jeder Fortschritt, jeglicher Rückschlag in der Bewegung festgehalten. Die Frage: Wie sah es früher im Gewerbe aus, wie stehen wir heute da? — findet zuverlässig in der Statistik ihre Beantwortung.

Die hohe Bedeutung sorgfältiger Gewerkschaftsarbeit kann nicht besser zum Ausdruck kommen als durch die Gegenüberstellung der Ergebnisse der früheren Statistiken und der jetzigen, die auch dem rückständigsten Arbeiter einleuchten müssen, wie nur organisierte Arbeit sich segensreich für die Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft erwies. Darum darf auch in unsern Kreisen nicht eher geruht werden mit der Agitationsarbeit, als bis der letzte Berufskollege, der unserm Verbandsleben noch gleichgültig gegenübersteht, erkannt hat, wie unentbehrlich der feste Zusammenschluß aller Berufsangehörigen ist, hängt doch von der steigenden Gewerkschaftsmacht ihr ganzes wirtschaftliches und soziales Wohl ab.

Für unsere Kollegen wird es von besonderem Interesse sein, zu erfahren, welcher Wert unserer Verbandsstatistik von wissenschaftlicher Seite aus bezeugt wird. In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ vom 16. August 1929 wirft der Wirtschaftspolitiker J. Kuczynski in einem Artikel „Gewerkschaften und Statistiken“ die Frage auf, nachdem er feststellt, daß auf dem Gebiete der Lohnstatistik Deutschland noch weit hinter Ländern wie die Vereinigten Staaten und England zurückbleibt, ob auch die deutschen Gewerkschaften die Funktionen des Staates übernehmen und eigene Lohnstatistiken machen können? Die Frage, heißt es dann weiter, kann heute mit gewisser Zuversicht bejaht werden. Und diese Zuversicht können wir aus einer ganz ungewöhnlichen statistischen Studie des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder schöpfen. Die Studie ist betitelt: Die Berufsverhältnisse im deutschen Baomalergewerbe, Ergebnisse einer Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Malerberufe. Aufgenommen am 14. Mai 1927.

Die Gewerkschaft sammelte das Material durch Versendung von Fragebogen an die Filialen der Gewerkschaft sowie an die einzelnen Mitglieder. Im ganzen wurden

2000 Ortsfragebogen und 58 000 persönliche Fragebogen verandt. Von den Ortsfragebogen wurden 498 oder fast 25 %, von den persönlichen Fragebogen 18 098 oder nahezu 28 % ausgefüllt zurückgeschickt. Die letzte Zahl ist von großer Bedeutung, da die meisten heutigen Arbeitsstatistiker den Erfolg einer Befragung der einzelnen Arbeiter (beziehungsweise Gewerkschaftsmitglieder) sehr bezweifeln. Der hohe Prozentsatz der Antworten auf den persönlichen Fragebogen sollte sie dazu bringen, ihre Ansicht zu revidieren, und sollte auf der anderen Seite den Gewerkschaften im allgemeinen die großen Möglichkeiten zeigen, die ihrer statistischen Betätigung geboten sind. Wir können sagen, daß allein schon hinsichtlich der Methode der Sammlung der Unterlagen die Studie des Verbandes der Maler usw. bahnbrechend ist.

Die Beantwortung der persönlichen Fragebogen machte die Aufstellung sehr detaillierter Tabellen möglich. Und jeder Leser der Studie wird finden, daß die Gewerkschaft diese Möglichkeiten auf das beste ausgenutzt und uns in viele Probleme der Berufsverhältnisse der Maler einen tiefen Einblick gegeben hat.

Der rein statistische Teil des Buches beginnt mit zwei Tabellen, die die Verteilung der Zahl der Maler und Lehrlinge auf die Malerarbeiten auf Grund der beantworteten Ortsfragebogen zeigen. Eine dritte Tabelle gibt Arbeitszeit und Pausen, — wie die erwähnten vorhergehenden und die folgenden Tabellen gibt auch diese die Statistiken nach Orten, so daß man nicht nur den Durchschnitt für das ganze Gewerbe kennt, sondern auch die Zahlen für die einzelnen untersuchten Orte. Sehr interessant ist die nächste Tabelle, die auf Grund der persönlichen Fragebogen den Beruf und die Beschäftigungsdauer geben. Es zeigt sich, daß von den 15 403 Personen, die diese Fragen beantworteten, 48,1 % unter einem Jahr in ein und demselben Betriebe beschäftigt waren. Dieser verhältnismäßig hohe Prozentsatz bedeutet tatsächlich, daß die Maler häufig ihre Stellung wechseln, er ist nicht auf eine große Anzahl von Lehrlingen, die während des Jahres ihre Arbeit begonnen hatten, zurückzuführen, wie aus einer andern Tabelle hervorgeht, die den Betriebswechsel gibt. Nach dieser Tabelle hatten nur 54,7 % der Maler im letzten Jahre ihre Stellung nicht gewechselt; 19,1 % hatten sie einmal, 9,3 % zweimal, 8,2 % dreimal, 4,3 % viermal und 4,4 % fünf- und mehrmal gewechselt. Statistiken zur Mobilität des Arbeiters gibt es nur ganz wenige; darum ist man in allen Ländern auf Mutmaßungen angewiesen. Um so erfreulicher ist es, daß die Maler eine solche Untersuchung für ihr Gewerbe gemacht haben.

Kennzeichnend für die heutigen Berufsverhältnisse ist eine Uebersicht über das Alter der Maler, die in ihrem zusammenfassenden Teile auch Angaben über frühere Jahre gibt. Es zeigt sich, daß der Prozentsatz der ganz jungen und der alten Maler heute sehr viel höher als vor dem Kriege ist. Während die unter 18jährigen 1906 3,2 %, 1909 0,4 % und 1912 1,3 % ausmachten, machen sie heute (1927) 10,4 % aus; und während in den entsprechenden Vorkriegsjahren niemals mehr als 4,9 % der Maler 51 Jahre und älter waren, sind es 1927 16 %. Ganz allgemein volkswirtschaftlich betrachtet, zeigen diese Prozentsätze die Verarmung des Volkes. Die jüngeren Leute müssen jung in einen Beruf eintreten, um möglichst bald zu verdienen, und die älteren müssen bis in das höhere Alter hinein verdienen, da sie nicht genug sparen konnten, um sich zurückzuziehen.

Ganz besonders interessant sind auch die Statistiken der Arbeitslosigkeit. Auch für diese liegen zum Vergleich Statistiken früherer Jahre vor. Es zeigt sich, daß die Arbeitslosigkeit in den Vorkriegsjahren größer war als 1926/27, daß sie aber heute viel länger dauert als ehemals.

Wir bringen eine der zusammenfassenden Tabellen hier zum Abdruck:

	1890	1898	1897	1899	1901 bis 1902	1908 bis 1909	1911 bis 1912	1926 bis 1927
Arbeitslos waren (Prozent der Befragten) .....	80	72	76	75	72	70,1	68,2	59,6
Durchschnittliche Dauer (Tage) .....	47	50	48	35	37	48	30	32

In jedem der Vorkriegsjahre war die Arbeitslosigkeit größer als 1926/27. In keinem der Vorkriegsjahre dauerte die durchschnittliche Arbeitslosigkeit so lange wie 1926/27. Das heißt, der Maler kann heute seiner Arbeit sicherer sein als in irgendeinem der genannten Vorkriegsjahre, — wenn er aber einmal arbeitslos geworden ist, dann ist es heute für ihn viel schwerer als früher, wieder Arbeit zu finden. Die Maler-Wirtschaft scheint stabiler geworden zu sein.

Unter den andern wertvollen Statistiken seien vor allen die detaillierten Lohnstatistiken, die den tatsächlichen Verdienst der Maler geben, hervorgehoben.

Die Studie sollte von allen Volkswirtschaftlern und Gewerkschaftern gelesen werden. Sie sollte aber nicht nur bewundert werden, sondern vor allem Gewerkschaftern als Ausgangspunkt eigener statistischer Studien dienen.

### Gegen „Mißbräuche“ in der Arbeitslosenversicherung.

In ihrer jetzigen Heß- und Kampfkampagne gegen die Arbeitslosenversicherung weisen die Arbeitgeber immer wieder auf die angeblichen „Mißbräuche“ in der Benutzung der Versicherungsleistungen hin. Sie behaupten sogar, daß diese ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Leistungen in erster Linie mit zu dem Defizit der Reichsanstalt geführt habe. Gewiß ist auch von uns zugegeben worden, daß wohl hier und da Mißbräuche vorgekommen sind. Es handelt sich hierbei jedoch nur um Einzelfälle, die keineswegs verallgemeinert werden dürfen, wie es die Arbeitgeber tun. Die Gewerkschaften haben gegen derartige Behauptungen in aller Schärfe Stellung genommen. Wohl auf diese Angriffe hin hat auch der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Rundschreiben an sämtliche Landesarbeitsämter und Arbeitsämter erlassen, das sich mit „Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung“ befaßt.

Es heißt da unter anderm, daß die Versicherungsfreiheit vorübergehender Dienstleistungen möglichst streng eingehalten werden soll. Ferner soll erhöhte Aufmerksamkeit der Prüfung zugewendet werden, ob Scheinarbeitsverhältnisse vorliegen. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Verhältnisse niemals einen Unterstützungsanspruch nach sich ziehen können. Etwa in derartigen Fällen schon gezahlte Unterstützung soll sofort eingezogen werden. Wichtig für alle Versicherten ist auch ein Hinweis dergestalt, daß zur Beurteilung der Arbeitsfähigkeit der Versicherten — die ja für den Unterstützungsbezug Voraussetzung ist — vertrauensärztliche Gutachten nicht allein maßgebend sein sollen. Diese Gutachten sollen neben andern Feststellungen usw. nur eine Grundlage für das abzugebende Urteil bilden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, auch tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen muß. Es heißt: „Danach steht eine Frau, die durch ihre häuslichen Pflichten den überwiegenden Teil des Arbeitstages in Anspruch genommen wird, im allgemeinen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung“. Interessant für alle Versicherten ist ferner folgender Wortlaut des Rundschreibens: „Die Erlangung der Anwartschaft ist durch § 95 WVAW. weitgehend erleichtert. In einer Ausdehnung dieser Erleichterungen im Wege der Auslegung liegt daher kein Anlaß vor“. Auch die Feststellung der Arbeitswilligkeit des Arbeitslosen soll mehr als bisher unter die Lupe genommen werden. Es heißt darüber in dem Rundschreiben: „Das Arbeitsangebot, dessen Ablehnung die Rechtsfolge der Sperrfrist des § 90 haben würde, braucht nicht vom Arbeitsamt oder von einer mit der Entgegennahme der Meldungen beauftragten Stelle auszugehen; vielmehr genügt auch jedes andere Angebot von Arbeit, das hinreichend deutlich erkennen läßt, daß es nicht ab-

gelehnt werden darf, ohne daß einer der Gründe des § 90 vorliegt." Auch in sonstiger Beziehung enthält das Rundschreiben Hinweise und Winke, durch die die Arbeitswilligkeit mehr als bisher einer strenger Prüfung unterzogen werden soll. Ebenso wird in dem Erlaß erneut auf eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes hingewiesen, in der es heißt: "Ein Arbeitsloser darf eine nach § 90 Absatz 1 angebotene Arbeit jedenfalls nicht mit dem Hinweis darauf ablehnen, daß eine unbestimmte Aussicht auf eine Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber oder auf lohnendere Beschäftigung besteht. Die Arbeitsämter werden aufgefordert, diese Entscheidung streng zu beachten. Weiter heißt es: "Die Sperrfristen der §§ 90 und 93 verfolgen ihren arbeitserzieherischen Zweck, wenn andere soziale Einrichtungen dem Arbeitslosen die Ueberwindung der unterfütungslosen Zeit übermäßig erleichtern." Es soll deshalb mit den Fürsorgeverbänden Fühlung genommen werden und Vereinbarungen geschlossen werden, daß die Fürsorgeverbände Arbeitsfähige für ihre Person nur dann mit Geld unterstützen, wenn sie arbeitswillig sind. Es muß nach dem Wortlaut des Rundschreibens erreicht werden, daß auch die Wohlfahrtspflege ihre Unterfütungen an Arbeitsfähige in allen Fällen davon abhängig macht, daß diese Arbeitslosen sich regelmäßig nach Anweisung des Arbeitsamtes bei diesem melden und um Arbeit bemühen. Das Arbeitsamt ist verpflichtet, sich dieser Arbeitslosen mit allem Nachdruck anzunehmen und durch Arbeitsangebote ihre Arbeitswilligkeit fortgesetzt zu prüfen." (Was nützt dies alles, wenn keine Arbeit vorhanden ist?) Weiter heißt es, daß gegenüber Krankmeldungen von Personen bei den Krankenkassen, über die eine Sperrfrist verhängt worden ist, bisweilen ein gewisses Mißtrauen besteht. Die Arbeitsämter sollen deshalb auch mit den Krankenkassen Fühlung nehmen. Bei der Ausfüllung der Arbeitsbescheinigungen, die ja auch das Entgelt erhalten, werden zuweilen Widersprüche festgestellt. Es soll deshalb der Prüfung über die Richtigkeit des Entgeltes erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Weiter ist mehr zu prüfen, ob auf den Arbeitsbescheinigungen der wirkliche Entlassungsgrund angegeben ist. Die Schwarzarbeit soll mehr als bisher bekämpft werden. Der Augen dienst (Kontrollen usw.) soll verstärkt werden usw.

Kurzum, das Rundschreiben enthält eine ganz Reihe Maßnahmen, deren Anwendung den Arbeitsämtern zur Pflicht gemacht wird. Soweit diese Maßnahmen dazu dienen, betrügerische Manipulationen zu verhindern, können wir uns mit denselben einverstanden erklären. Die Versuche, auf ungerechtfertigte Weise Unterfütung zu erhalten, werden jedoch erst dann aufhören oder nachlassen, wenn genügend und ausreichend bezahlte Arbeit nachgewiesen werden kann. — Es besteht jedoch die Befürchtung, daß nun manche Arbeitsämter zu pflichtfertig werden können und auf eigene Faust dieses Rundschreiben noch strenger anwenden, als beabsichtigt ist. Es können dann leicht Härten und sogar Schikanen gegen die Arbeitslosen vorkommen, die ebenso unangebracht wie verwerflich sind. Deshalb heißt es für unsere Reisker in den Verwaltungsausschüssen usw., die Augen offen zu halten. KI—s.

### Der ADGB im Jahre 1928.

In Nummer 30 der „Gewerkschafts-Zeitung“ wird über die Tätigkeit der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände im verflochtenen Jahre eingehend berichtet. Ueber die Entwicklung und den Stand unserer Organisation verweisen wir die Kollegen auf das Jahrbuch unseres Verbandes und auf den in Nr. 35 des „Arbeiter“ erschienenen Artikel.

Darnach hat der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industriorganisationen im Jahre 1928 einen neuen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Es vereinigten sich die Verbände der Böttcher, Fleischer, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation, dem Verbande der Nahrungs- und Getränkearbeiter, der seine Tätigkeit am 1. April 1928 aufnahm. Im freigewerkschaftlichen Lager besteht nunmehr für das Gebiet der Nahrungs- und Ge-

nüsmittelindustrie — wenn hierbei von der Tabakindustrie abgesehen wird — nur eine gewerkschaftliche Organisation. Infolge des neuen Zusammenschlusses verminderte sich die Zahl der zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zählenden Zentralverbände von 88 auf 85. Auch die Zahl der Zweigvereine wurde dadurch geringer, sie ging von 15 052 im Vorjahre auf 13 810 im Berichtsjahre zurück.

Die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen hat sich auch 1928, und zwar ununterbrochen das ganze Jahr hindurch, fortgesetzt. Die folgende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden innerhalb des Berichtsjahres und ihren Mitgliederbestand im Durchschnitt des Jahres.

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder			dav. weibl.
	am Ende des Jahres 1928	insgesamt 1927	im Jahresdurchschn. 1928	
Baugewerksbund	458 048	402 252	435 156	445
Bekleidungsarbeiter	79 797	74 076	77 884	37 505
Bergarbeiter	198 358	194 740	196 049	202
Buchbinder	57 166	58 187	55 128	37 304
Buchdrucker	88 908	81 305	82 767	—
Dachdecker	11 097	10 891	10 843	—
Eisenbahner	242 811	238 368	240 913	1 481
Fabrikarbeiter	478 335	428 059	457 657	101 685
Feuerwehrmänner	7 424	7 940	7 740	—
Filmgewerkschaft	—	—	—	—
Friseurgehilfen	4 242	3 389	4 057	491
Gärtner	10 857	9 540	10 518	1 433
Gemeinde- u. Staatsarb.	257 938	228 522	248 968	37 644
Graphische Hilfsarbeiter	41 111	39 007	40 891	26 248
Holzarbeiter	318 544	298 885	306 860	21 214
Hotel-, Restaurations- und Cafe-Angestellte	29 618	25 088	27 153	7 191
Hutarbeiter	18 165	18 178	18 509	11 818
Kupfer Schmiede	7 185	6 735	7 024	—
Landarbeiter	178 098	152 880	151 278	14 604
Lederarbeiter	37 540	38 185	37 855	7 569
Lithographen	24 181	23 205	23 719	18
Maler	58 813	48 746	53 775	245
Maschinisten	51 777	46 359	48 568	31
Metallarbeiter	844 310	815 838	884 027	64 278
Musiker	28 509	22 864	28 055	522
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	168 575	151 808	159 636	32 205
Sattler, Tapezierer und Portefeullier	31 408	29 618	30 614	5 227
Schornsteinfeger	2 952	2 875	2 930	—
Schuhmacher	77 233	77 907	78 834	34 919
Schweizer	12 105	11 048	11 458	119
Steinarbeiter	68 970	63 798	68 033	512
Tabakarbeiter	78 282	71 379	75 501	58 281
Textilarbeiter	310 941	300 870	308 137	177 140
Verkehrsbund	390 360	351 435	388 052	32 054
Zimmerer	110 675	101 801	107 354	—
Zusammen	4866 926	4415 673	4653 386	712 430

\* Verband hat nicht berichtet.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 221 696 195 M gegen 182 252 326 M im Vorjahre. Die Beitragseinnahmen haben sich pro Mitglied vermehrt von 40,87 M im Vorjahre auf 44,02 M im Berichtsjahre. Die Gesamtausgaben betrugen 1928 189 363 911 M gegen 129 463 897 M im Vorjahre. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 M zu verzeichnen.

Es wurden verausgabt für:

	1928	1927
Unterfütungen	62 540 817	40 985 984
Arbeitskämpfe	32 224 377	11 358 288
Presse und Bildungswesen	11 865 347	8 834 151
Agitation und Organisation	18 867 858	15 984 209
Sonstiges	11 873 705	9 143 865
Verwaltung	52 192 007	43 197 600

Von der Ausgabe für Presse und Bildungswesen kommen im Berichtsjahre 7 632 405 M auf Verbandsorgane und 619 051 M auf sonstige Organe. Alle Ausgabenposten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung auf. Der Löwenanteil der Mehrausgabe entfällt auf die Unterfütungen und Arbeitskämpfe. Beide Posten zusammen erhöhten sich gegen das Vorjahr um 42 440 922 M, sie machen im Berichtsjahre über die Hälfte der Gesamtausgabe aus.

Von den Unterfütungsausgaben kamen im einzelnen auf:

	1928	1927
Arbeitslosenunterfütung	28 050 354	14 861 556
Krankenunterfütung	24 102 272	17 892 547
Invalidenunterfütung	2 900 016	2 020 451
Sterbefallunterfütung	3 343 630	2 711 095
Sonstige Unterfütungen	3 518 392	2 908 081
Rechtschutz an Mitglieder	817 153	652 254

Der Eindruck der günstigen Entwicklung der Gewerkschaften wird verstärkt durch die Ergebnisse der Jahresstatistik der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von 1269 Ortsausschüssen sandten 1183 (gleich 93,2 % der Gesamtzahl) Berichte ein, davon 17 leider so verspätet, daß sie in die Tabellen nicht mehr einbezogen werden konnten.

Von den an der Statistik beteiligten 1184 Ortsausschüssen waren 1928 insgesamt 12 188 Gewerkschaften angeschlossen, die zusammen 4 046 019 Mitglieder zählten, darunter 609 784 weibliche und 226 465 Jugendliche.

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden durch Beitragsleistungen der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten, die in der Regel pro Mitglied festgesetzt sind. Seit dem Jahre 1925 bewegen sich die Beitragsätze stark nach oben.

Angaben über die Kassenverhältnisse liegen von 1132 Ortsausschüssen mit zusammen 4 027 461 Mitgliedern vor. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 4 154 431 M, davon kommen auf Beiträge 3 096 834 M und auf sonstige Einnahmen 1 057 597 M. Die Gesamtausgabe belief sich auf 3 739 017 M. Im Jahre 1928 bestanden an 127 Orten Arbeitersekretariate, die von besoldeten Angestellten geleitet wurden. In weiteren 305 Orten waren Rechtsauskunftstellen eingerichtet. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen bestanden an 405 Orten Bildungsausschüsse und an 305 Orten Jugendausschüsse. Von 767 Ortsausschüssen wurden zur Benutzung für alle Mitglieder gemeinsame Bibliotheken unterhalten. In 114 Orten haben sich die Gewerkschaften eigene Häuser erworben, in denen sich das Gewerkschaftsleben am Ort konzentriert. Dieser Besitz repräsentiert Millionenwerte.

Der Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1928 kann an dieser Stelle nur kurz umrissen werden. Eingehender berichtet darüber das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB für 1928.

Es kann an dieser Stelle nur in kurzen Umrissen ein Bild vom Stand des ADGB gegeben werden. Das bald erscheinende Jahrbuch des ADGB für 1928, auf dessen Anschaffung wir dringend unsere Kollegen aufmerksam machen, bietet ein reiches Material zur Beurteilung der umfassenden Tätigkeit unserer Gewerkschaften.

### Die Wirtschaftslage im Spiegel der Leipziger Herbstmesse.

Die große Leipziger Herbst-Warenschau wurde vom guten Wetter begünstigt. Ueberall sah man Reklameveranstaltungen, so daß außerlich die diesjährige Herbstmesse unter einem guten Stern zu stehen schien. Doch dies ist nur bezüglich des äußeren Bildes richtig. In Wirklichkeit hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise weitestgehend das Geschäft beeinträchtigt. Insgesamt nahmen 8050 Ausstellerfirmen an der diesjährigen Herbstmesse teil. Damit wurden die Zahlen der beiden letzten Jahre ungefähr erreicht, wie überhaupt eine gewisse Stetigkeit der einzelnen Messen eingetreten ist und nur

### Das Volkshaus in Bremen.

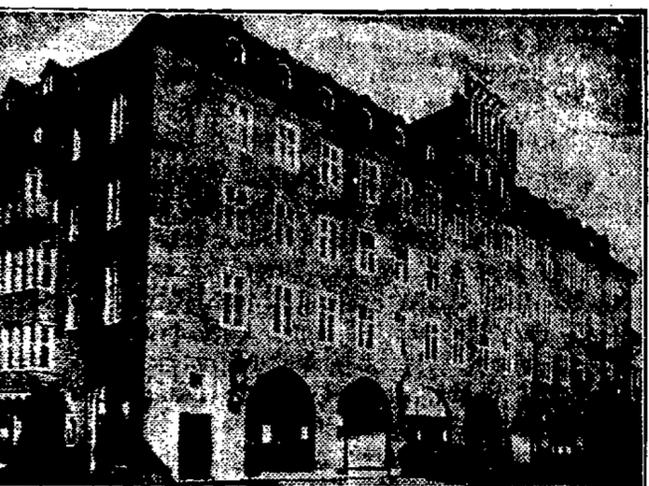
Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Bremens hat sich mit ihrem schönen neuen Volkshaus einen weithin sichtbaren Sammelpunkt, ein Kraftzentrum ersten Ranges geschaffen. Dieses imponierende Gebäude gibt Kunde von dem Vorwärtstreiben der organisierten bremischen Arbeiterschaft.

Betreten wir durch die Hauptfronte an der Nordstraße die Eingangshalle, so fällt uns sofort die Verbundenheit der Außen- und Innenarchitektur auf. Hier wie außen große Flächen, kühn geführte Gradlinigkeit. Das Material ist besser Naturstein. Ihr schwaches Rötrot, und das stumpfe, alle Skalen durchlaufende Gelb geben den Ton für die ganze Innenraumfarbe an. Ein sorgsam ausgewogenes Abwehen dieser beiden Gesteinsarten schafft Farbenwirkungen von eigenartigem Reiz. Dieselbe Farben- und Formenwirkung setzt sich in der Wandelhalle fort. Die Wände sind in der Farbe des Mainfandsteins gehalten, die sich nach oben zu immer mehr lichtet, um an der Decke in ein mattes Weiß überzugehen. Kein Ornament, keine absehbende Linie stört den organischen Fluß der Farbe und Formen. Hier ist ein Versammlungsort bei wichtigen Anlässen. Aber auch für Vorträge mehr öffentlichen Charakters gibt diese Wandelhalle einen trefflichen Rahmen ab. Solange der große Saalbau noch nicht fertiggestellt ist, finden sich in der Wandelhalle die Bremer Genossen und Genossen zu geselligen Zusammenkünften zusammen.

Das Restaurant ist selbstverständlich für jedermann geöffnet. Den hinteren Raum beherrscht Hoegers „Bacchus“, ein kraftgespanntes Bühnenwerk aus Sandstein, am Mittelpfeiler. Das Gestühl, die Treppe, die Wandbekleidungen sind in rauchgrauer Eiche gehalten. Die Wände sind dem Holzton angepaßt, und so herrscht ein wohlthuender Einklang im ganzen. Anschließend das Café und ein weiterer Raum.

Von der Wandelhalle führt ein Wandelgang zum prächtigen Vortrags- und Filmsaal. Seinen Charakter bestimmt eine warm getönte Wandbekleidung

aus Kacheln. Das Haus hat außerdem drei Versammlungssäle. Sie haben, ihrem Zwecke gemäß, schlichten, sozusagen sachlichen Charakter. Die in Größe und Farbenhaltung unterschiedenen Säle genügen selbst dem regsten gewerkschaftlichen Leben.



Unser Rundgang führt uns nun von diesen Stätten der Debatten hinüber zu den Räumen, wo Archiv und Bibliothek der bremischen Arbeiterschaft untergebracht sind. In endlosen Reihen stehen die Bücher und Büchlein da, unsere treuen Kameraden in den wenigen Minuten zwischen Arbeit und Schlaf, die uns so manche neue Erkenntnis, so manche unersehliche Hilfe, so manche frohe Erbauungstunde geben. Der anschließende Lesesaal ist anheimelnd gestaltet. Geschmackvolle Einrichtung und praktische Beleuchtung laden zum Verweilen ein. Der Lesesaal bildet die Brücke zu den Räumen, in denen das Jugendheim eine bleibende Staff gefunden hat. Welch ein Abstand gegen früher, wo die Jugend mit

dampfen Kellerräumen oder kalten Dachgeschossen sich beschiden mußte. Fünf große, lichte Säle mit Parkettfußböden, in hellen, frohen Farbenzusammenstellungen, stehen unserer Jugend zur Verfügung.

Die Büros der Gewerkschaften sind auf das modernste eingerichtet. Ein ganzer Flügel des Hauses enthält die Räume der Arbeiterkammer. Große, helle Büroräume sorgen für Reibungslosigkeit des Verkehrs. Ein bewundernswertes Dokument des machtpolitischen Willens aber ist der sogenannte Kammeraal. Das erste, was uns beim Eintritt in den imposanten Raum in die Augen fällt, ist ein leuchtendes Rot, das von den in Aufsichtform stehenden Sesseln ausstrahlt. Man fühlt unwillkürlich: hier ist ein Thronaal der Arbeit.

Um den vielen auswärtigen Gästen der mancherlei Logungen, den vielen Urlaubsfreisenden aus Arbeiterkreisen des Binnenlandes im eigenen Hause ein gastlich bereitetes Bett bieten zu können, hat das Volkshaus in zwei Stockwerken ein Hotel geschaffen, das allen Ansprüchen gerecht wird. Rund hundert Betten in Doppel- und Einzelzimmern stehen zur Verfügung. Die Wände sind ohne Zierrat in lichter, froher Farbe, die Möbel sind ebenfalls in freundlichem Farbton gehalten. Mit der Einrichtung einer Herberge wird eine soziale Pflicht denen gegenüber erfüllt, die gar manchmal vergessen werden. Hier finden alle die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Nacht ein bezogliches Obdach.

Das Bremer Volkshaus beherbergt noch das gemeinnützige Besetzungsinstitut und die Ausstellungsräume, die damit verbunden sind. In würdiger Form gehalten, wird in diesen Räumen gezeigt, wie jedem nächsten und geschäftsmäßigen Betrieb abholf, die letzte fräurige Pflicht dem Lofen gegenüber erfüllt werden kann. In der anschließenden Blumenhalle zeigt die dem Gemeinnützigen Besetzungsinstitut angegliederte Gärtnerei ihre Erzeugnisse. Auch in diesen Nebenräumen des Volkshauses spürt man sehr deutlich, daß man in Bremen das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden weiß.

der Verlauf nicht unwesentlich von der Konjunktur beeinflusst wird. Vom Ausland hatten 760 Firmen aus 21 Staaten ausgestellt. Die Tschechoslowakei war mit 270, Oesterreich mit 220, Frankreich mit 50, die Schweiz mit 30, Holland mit 25, Ungarn mit 20, England und Italien mit je 15 und Belgien mit 9 Ausstellern vertreten. Der Ausländerbesuch hat erst verhältnismäßig spät eingesetzt. Aus den nordischen Ländern und dem Memelgebiet, aus Oesterreich, der Schweiz und Holland war teilweise eine Zunahme der ausländischen Einkäufer zu verzeichnen. Die Messe scheint überhaupt immer mehr Freunde im Ausland zu gewinnen, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, daß die Ausstellerzahl von Frankreich von 22 auf 30 und die österreichische von 28 auf 50 gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist. So darf man erwarten, daß trotz der geringeren Aussichten, auch die diesjährige Messe sich für das Exportgeschäft nicht ungünstig auswirken wird. Es wäre auf diesem Gebiet noch zu andern Resultaten gekommen, wenn die Verhandlungen im Haag beendet gewesen wären. Der Schwebezustand der internationalen Verhältnisse hat natürlich auf das Geschäft der Leipziger Messe eingewirkt.

Die Herbstmesse ist etwas ganz anderes als die Frühjahrsmesse. Jede hat ihre Eigenart. Während die Frühjahrsmesse ausgesprochenen Exportcharakter hat, dient die Herbstmesse vorwiegend der Versorgung für den Winter- und Weihnachtsbedarf. Deshalb treten naturgemäß die bestimmten Industrien auf den einzelnen Messen in den Vordergrund. Auf dem technischen Messegelände sind im Herbst verschiedene Hallen unbesetzt, weil der Großmaschinenbau, die Grobelektrotechnik nur im Frühjahr ausstellen. Einen besonderen Anziehungspunkt bot in diesem Jahre die reichlich besetzte Baumesse. Die Ausstellerzahl betrug 260 Firmen gegen 240 im Vorjahre. Es ist ein interessanter Anschauungsunterricht, wie die Bauwirtschaft von Halbjahr zu Halbjahr neue Arbeitsmaschinen, Arbeitsstoffe usw. hervorbringt. Die Leipziger Baumesse erpart kostspielige Besichtigungsreisen nach andern Landesteilen, weil hier fast alles Erwähnungswürdige zu sehen ist. Sehr vielseitig war neben andern die Möbelmesse besetzt. Die Raumnachfrage überstieg hier den verfügbaren Raum. Die Möbelindustrie hat beschlossen, in der Hauptsache nur in Leipzig auszustellen.

Was die einzelnen Branchen betrifft, so ist ein Ueberblick nur ganz summarisch möglich. Was schon immer der Fall war, traf dieses Jahr vielleicht im erhöhten Maße ein, daß nämlich einzelne Firmen über ein sehr gutes Geschäft zu berichten in der Lage waren, andere wieder ein schlechtes Geschäft klagt und Leipzig mit gemischten Gefühlen verläßt. Die Textilmesse dürfte eine liebliche Mittelmesse gewesen sein; die Spielwarenindustrie konnte ebenfalls über ein Mittelmäßiges berichten, die Bürobearbeitungsbranche desgleichen. Sowohl die Technische Messe in Frage kommt, hat die Ausstellung über Bayreuth, und die Automobil-, Kautschuk- und Interferenzen, angezogen. Auch verschiedene andere Gruppen treten in diesem Herbst verhältnismäßig stärker hervor, so Maschinen der Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie, die Schwachstrom-Elektrotechnik, Eisen- und Stahlwaren, Motorräder und Fabrräder, Haushaltsmaschinen usw. Ein Anziehungspunkt war auch die Sportmesse.

Es würde ein vergebliches Unterfangen sein, über die Geschäfte der 40 Messehäuser im Innern der Stadt und der Technischen Messe im einzelnen berichten zu wollen. Worauf es uns hier ankommt, ist, den Zusammenhang zwischen Messe und Wirtschaftskondition aufzuzeigen. Wenn die allgemeine Wirtschaftslage gekennzeichnet ist durch schlechten Geschäftsgang, Kreditmangel, Beschäftigungslosigkeit, so kann man natürlich keine glänzenden Messeergebnisse erwarten. Direktor Köhler vom Leipziger Messeamt hat in seiner

Rede während der Messe ganz richtig ausgeführt, daß die Leipziger Messe keine Konjunktur machen, sondern sie nur andeuten könne. Das Konjunkturbarometer der diesjährigen Herbstmesse zeigte nicht auf gut. Etwas anderes wurde auch nicht erwartet. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn den Wünschen nach günstiger Preisgestaltung hätte nachgegeben werden können. Die Einkäufer verlangten Qualitätswaren zu billigen Preisen. Auch die Ausländer waren in ihren Ansprüchen nach Preisenkungen sehr wenig geneigt, nachzugeben.

Preisgestaltung und Kaufkraft, das sind nun einmal die Dinge, die in enger Verbindung geschäftliche Erfolge verbürgen. Es mangelt in Deutschland an Kaufkraft, weshalb eine Messe naturgemäß nur mittlere Ergebnisse zeitigen kann. Wir haben es in Deutschland zur Zeit nicht mit einer Krise im herkömmlichen Sinne zu tun, sondern mit monatelang andauernden Abflachungen. Aber sonst zeigt die Produktion noch einen hohen Stand. Dazu hat nicht zuletzt die gestiegene Ausfuhr beigetragen. Wenn die diesjährige Herbstmesse wieder ausländische Käufer zum Bezuge deutscher Waren veranlassen konnte, dann hat sie ihre Funktion als Mittler im Auslandsgeschäft erneut bewiesen. Darüber hinaus hat sich aber gezeigt, daß nur Kaufkraftsteigerung die in Leipzig gezeigten Waren der Menschheit dienlich zu machen vermag.

**Kreuzwörterrätsel der kapitalistischen Wirtschaft.**

Von Dr. Otto Ehrlich.

Es wäre sehr lustig, einmal aus den Schlagwörtern des politischen Lebens Kreuzwörterrätsel zusammenzustellen und dazu die Begriffe Imperialismus, Rationalisierung, Wirtschaftsdemokratie, Trust, Kartell, Konzern usw. zu verwenden. Man käme nur in Verlegenheit, wie man das Erraten dieser Worte erleichtern soll; denn eigentlich müßte man zu jedem als Erklärung schreiben; Modernes Schlagwort, unter dem sich die wenigsten Menschen etwas vorstellen können. Wollte man das Rätsel humoristisch machen, so könnte auch das Wort Antimarxismus verwendet werden, zu dessen Erraten man obige Formel nur so abzuändern hätte: Modernes Schlagwort, unter dem sich niemand etwas vorstellen kann.

Das Geheimnisvollste von den obengenannten Wörtern dürfte das Wort Konzern sein. Denn wenn sich schon jemand darunter irgendeine Vorstellung macht, dann bestenfalls die, daß es sich um ein Herrschaftsmittel des Kapitalismus handelt. An dieser Unklarheit läßt sich aber auch nicht viel ändern, wenn wir eine Definition versuchen wollten, etwa so: Ein Konzern ist eine Mehrheit von Unternehmungen, die, ohne ihre Existenz als selbständige Unternehmungen zu verlieren, doch einer einheitlichen Leitung unterworfen und von dem kommandoführenden Unternehmen auch persönlich und finanziell abhängig sind.

Vom Trust unterscheidet sich der Konzern dadurch, daß die vertrauerten Unternehmungen ihre frühere Selbständigkeit restlos verlieren und durch ihren Zusammenschluß (Fusion) ein neues Unternehmen entsteht. Der Unterschied gegenüber dem Kartell liegt darin, daß hier eine persönliche und finanzielle Abhängigkeit nicht eintritt, sondern nur Preis- oder Produktionsvereinbarungen zwischen den selbständig bleibenden Unternehmungen abgeschlossen werden.

Die normale und einfachste Grundlage des Konzerns ist die Gründung eines Tochterunternehmens durch ein bereits bestehendes Unternehmen. Es gründet etwa eine Margarinefabrik eine Kistenfabrik oder beteiligt sich an einer schon bestehenden. Hier liegt eine weitgehende Abhängigkeit des Tochterunternehmens, das sich nach den Wünschen der Muttergesellschaft richten muß, vor. Folgen weitgehender Meinungsverschiedenheiten würden sich bald so geltend machen, daß das Mutterunternehmen der Tochtergesellschaft das Betriebskapital entzöge oder ihr die Kisten nicht abnimmt und dergleichen. Neben der einen Tochtergesellschaft kann sich das Mutterunternehmen natürlich

mehrere andere angliedern. Kompliziert wird diese einfache Form der Beteiligung dann, wenn die Tochtergesellschaft ihrerseits sich durch Aktienkäufe an der Muttergesellschaft beteiligt und eine förmliche Ineinanderschachtelung von Gesellschaften stattfindet.

Der umgekehrte Fall liegt vor, wenn mehrere voneinander unabhängige Unternehmungen gemeinsam die Mehrheit bei einem andern Unternehmen besitzen, wenn zum Beispiel mehrere Banken eine Zuckerhandelsgesellschaft gründen. Man nennt in einem solchen Falle die gründenden Banken ein Konsortium und ihre Beteiligung an der Zuckerhandelsgesellschaft eine Konsortialbeteiligung. (Konsortium heißt wörtlich überlebt etwa Schicksalsgemeinschaft.)

Beteiligt sich ein Mutterunternehmen an so vielen Tochterunternehmungen, daß ihm die Verwaltung dieser zahlreichen Beteiligungen zuviel wird, so kann sie zu diesem Zweck nach amerikanischem Muster eine sogenannte Holdinggesellschaft (Aktienverwaltungsgesellschaft) ins Leben rufen.

Das innere Gefüge solcher mannigfachen Beteiligungen ist meist auf weitgehender finanzieller Abhängigkeit aufgebaut. Andererseits zählen hierher aber auch die Gewinngemeinschaften, die üblicherweise so konstruiert sind, daß über durchaus gleichberechtigten Unternehmungen, die die Gewinnberechnung und die Gewinnverteilung gemeinsam vornehmen wollen, ein gemeinsames Dach errichtet wird, in Form einer neuen Gesellschaft, einer sogenannten Dach- oder Spitzen-gesellschaft.

Riesengebilde der hier geschilderten Art nennt man Konzerne. Ihre Grundlage ist die Aktiengesellschaft. Oberstes Organ der Aktiengesellschaft ist die Generalversammlung, in der das reine Majoritätsprinzip gilt. Es entscheidet aber nicht die Mehrheit der Aktionäre, das heißt der Personen, sondern die Mehrheit der von den Aktionären vertretenen Kapitalsanteile.

Nehmen wir als Beispiel eine Aktiengesellschaft, deren Vermögen 100 000 Schilling (Mark) beträgt. Dieses Vermögen wäre in 2000 Teile (Aktien) geteilt, deren jeder 50 Schilling (Mark) wert sei. Von diesen 2000 Kapitalanteilen (Aktien) besitze ein Mann 1001 Aktien, die restlichen 999 Aktien seien auf 125 Besitzer verteilt. Zur Generalversammlung erscheinen alle 126 Aktionäre. Bei der Abstimmung gilt nun nicht, was die Majorität der Aktionäre, etwa 64 Aktionäre, verlangen, sondern was die Mehrheit der Kapitalsanteile will, von den insgesamt vorhandenen also 1001 Aktien. Somit kann der Besitzer der 1001 Aktien, die 50 050 Schilling (Mark) wert sind, über 100 000 Schilling (Mark) gebieten.

Aber das Finanzkapital hat sich die Beherrschung von Kleinunternehmungen noch leichter gemacht. Der Kleinaktionär hat, wie schon oben gesagt, auf die Abstimmung der Generalversammlung keinen Einfluß. Um aber gegen plötzliche Ueberrumpelungen durch eine etwa entstehende Organisation von Kleinaktionären geschützt zu sein, schließen sich die wenigen Großaktionäre, die das Unternehmen dauernd beherrschen wollen, zu einer engeren Gemeinschaft, einem sogenannten Syndikat, zusammen, das nur um weniger mehr als die Hälfte des Aktienkapitals, in obigem Beispiel also 1001 Aktien im Werte von 50 050 Schilling (Mark) besitzen muß. Das Syndikat beschließt, bindet, da es über die Aktienmehrheit verfügt, die ganze Aktiengesellschaft. Nun muß aber in dem Syndikat nicht Stimmeneinheitlichkeit herrschen, auch hier gilt das Majoritätsprinzip. Wenn also ein Mitglied des Syndikats mit bloß 520 Aktien im Werte von 26 000 Schilling (Mark), das heißt mit bloß 26 % des gesamten Aktienkapitals, im Syndikat die Mehrheit hat, so kann er noch immer die ganze Aktiengesellschaft beherrschen.

Nun stelle man sich vor, diese Aktiengesellschaft habe eine Tochtergesellschaft mit einem Aktienkapital von 80 000 Schilling (Mark), an der sie mit 51 %, das heißt mit 40 800 Schilling (Mark) beteiligt sei. Von diesen 40 800 Schilling (Mark) braucht aber der Herr des Syndikats der Muttergesellschaft nur 26 %, das sind 10 608 Schilling (Mark) oder 13 1/4 % des Gesamtkapitals der Tochtergesellschaft, um über

hat man den Rundgang im Bremer Volkshaus beendet, so kann man die dortigen Freunde zu einem solchen Besichtigungswunsch. Venen aber, die das Volkshaus in Bremen noch nicht kennen, möchten wir eindringlich zurufen: Führt Euch der Weg nach dem schönen Bremen, so geht zum Volkshaus! Was die bremische Arbeiterschaft dort geschaffen hat, ist wert, überall bekannt zu werden. Jeder Besucher des Hauses hat schon beim Betreten desselben das Gefühl, an einer wohllichen und heimischen Stätte zu sein. Jeder wird einen tiefen Eindruck darüber mitnehmen, was fleißige Gewerkschaftsarbeit zu erreichen vermochte.

**Auf der Landstraße.**

Von Walthar G. Oschilewski.

Nachts auf einer Tonne liegen, auf dem Rücken, das eine Nasenloch voll Teegeruch, das andere schnuppernd nach Gras und Stachelbeeren, und Sterne über uns und freie Gedankheit im Schädel, und Wind, der über die Haut segelt wie ein Rasiermesser — ja, das ist's, was uns immer hungrig machte und uns die Füße in die Hand gab: los, Richtung Böhmen.

Nun lagen wir, Hannes und ich, auf der Landstraße, die von einem elenden Gebirgsdorf aus nach Eisenstein führte. Wir hatten noch das Geklaff der wildgewordenen Dorfköter in den Ohren und, so kann man wohl sagen, eine geschlagene Woche Aerger gehabt. Erst drei Tage Regen, von morgens bis in die Nacht hinein, ununterbrochen Regen. Wir waren aufgeweicht bis auf die Knochen, und der Manchester, in dem wir steckten, stank dumpf und unangenehm. Dann drei Tage fürchterlichen Kohldampf; am Donnerstag drei Semmeln und ein Stück Paprikaßpeck, am Freitag zwei Schnitten vertrocknetes Brot und einige Möhren, am Sonnabend zwei Semmeln und wieder ein Stück Speck. Es war, wie gesagt, ein Hundeleben. Nach Pilsen wollten wir hinüber, woselbst uns etwas Geld erwartete, das uns wieder aufpumpen sollte. Bis dorthin waren aber noch Tage; dazwischen lag ein festgekleideter Sonntag, den wir nicht liebten, weil er

alles so festerlich aufzog: die Mädchen, die Bauern, den Kirchgang, die Kinder. Man kam sich dann noch heimatlöser vor als an den Wochentagen. Die Leute gafften einem in das ungewaschene Hemd und feigten selbstzufrieden, wenn wir böse Gesichter machten.

Sonntag morgens kroch endlich ein Stück Sonne aus den dreieckigen Wolken und machte diese etwas grobkörnige Landschaft um einen Schein friedlicher. Wir kletterten aus der halbzerfallenen Viehhütte, die an einem Berg Rücken klebte und in der wir übernachtet hatten, wischten uns den Schlaf aus den Augen, säuberten uns das Stroh aus den Haaren und kurbelten den Motor an: hottehüh, vorwärts auf Schufers Rappen, fünf Kilometer die Stunde.

Hunger hatten wir, sage ich euch, uns war schon ganz elend zumute. Man vergift in einem solchen Zustand der körperlichen Schwäche oft, den rettenden Strohhalm der Selbstbezwungung zu ergreifen und treibt sich immer mehr in eine trostlose und atembeklemmende Stimmung hinein, die zur Verzweiflung führen könnte. Man sieht nicht, daß es doch eigentlich unsinnig wäre, in den vielfältigen Widerwärtigkeiten des wandernden Lebens, zu dem man einseitig gezwungen wurde, zum andern Teil sich selbst entschieden hat, verlorenzugehen, und daß einen fahrenden Handwerksburschen doch vielleicht schon morgen wieder ein Topf Kaffee und ein Stück Brot in die fetigen Gefilde der ungebundenen Freiheit und Schönheit befördern können.

Aber, schön, waren wir mit unsern achzehn Jahren schwache Gefellen und ließen wir uns einem ungewissen Ziel entgegenstreifen — wir hatten uns wohl oft die Lippen zerbitzen und Holz gekaut und in die Luft geschrien, wenn uns einmal die ganze verfluchte Trostlosigkeit unseres Daseins vor die Füße geschüttet wurde und uns überwältigen wollte. Es war eigentlich nicht nur das eke Gefühl, das aus dem knurrenden Magen, dessen Bordwände uns schmerzten, heraufkam, und sich in der Kehle festsetzte wie ein Geshwür; nein, der ganze Apparat unseres Körpers und unserer Empfindungen geriet in eine Staubwolke, klapperte, daß uns selbst unheimlich wurde, und schien umzukippen.

Gott sei Dank waren das nur Stunden. Wir knallten in die Hände und waren bald wieder oben auf. Der Sonntag empfing uns mit einem leichten Wind und stieg wüzig in unsere Nasen. Davon konnte man nicht satt werden; ja doch, aber man mußte schon der Natur dankbar sein, daß sie ein etwas freundlicheres Gesicht aufsetzte, als es uns glücken wollte. Das entschädigte ein wenig, und als uns in Klattau ein tschechischer Pferdehändler, ein rabiater und zugleich doch gutherziger Kerl, schwer gebaut wie eine Dampflokomotive, der unsere sprachlichen Grimassen durchaus nicht verstehen konnte, einen gefeuerten Schnaps einschenken ließ, lachten wir wieder heiter, knufften uns in die Seiten und hatten bald ein nahezu Ziel vor uns: Pilsen.

Die Höhen ritten die Ebene hinunter, es wurde Abend, und schwarzkörnige, an den Spitzen noch weingerstete Schaffen senkten sich über das Land. Klattau lag uns jetzt im Rücken. Als wir im Pfarrhause um etwas Brot baten, ganz höflich: „Reisende Handwerksburschen bitten um eine kleine Gabe“, hatten wir noch Glück genug, unsere von Wind und Wetter zerbeizten Nasen hinüberzuretten in eine vielleicht schönere Zukunft. Denn die Tür fiel klirrend in das Schloß, und wir fluchten über Gott und Teufel, die sich beide bald einer schwer zu sühnenden Körperverletzung schuldig gemacht hätten. Brummend zogen wir unsere Straße.

Die Nacht umarmte uns am Ende eines Kirchhofes. Wir salutierten, die Hände an der Hosennaht, warfen die Rängel ins Gras; festig der morgigen Erwartung, schliefen wir hungrig ein. Gute Nacht.

Wirklich, am andern Morgen, so um die neunte Stunde, grüßte uns Pilsen. Es war auch etwas Geld da, das uns vielleicht glücklicher machte als das Privateigentum den Fürsten von Monaco. Wir hatten nichts Geligeres zu tun, als die allgemeine Mobilmachung sämtlicher Gliedmaßen und Gefühle, Bedürfnisse und Neigungen anzubefehlen, und stürzten wie gehegte Kängurus in die nächstliegende Kneipe und schlugen uns den Leib voll, alles ringsumher vergessend, sinnlos, wie es oft Kinder sind, die wir waren, so daß wir nur noch wenige Pfennige im Beutel hatten. Gelobt sei diese Vernunftlosigkeit; sie ist

# Jeder vorwärtsstrebende Kollege liest unser „FACHBLATT DER MALER“

Und Du? Bist Du schon Abonnent?

die 80 000 Schilling (Mark) gebieten zu können. Man kann sich leicht selber ausrechnen, wie relativ wenig Mittel der Gebieter des Syndikats aufzuwenden hat, wenn die Tochtergesellschaft etwa wieder eine Tochtergesellschaft gründet.

So führt die Demokratie der Kapitalanteile zwangsweise zur Entrechtung der kleinen Aktionäre, der kleinen Kapitalbesitzer und zur Ueberantwortung von immer mehr wirtschaftlicher Macht an einige wenige Großkapitalisten.

Man wende das eben Gesagte im Geiste auf den größten europäischen Konzern, auf den Konzern der I.G.-Farbenindustrie AG. in Frankfurt am Main an, die selbst ein Aktienkapital von 1,1 Milliarden Mark hat; so viel, daß bei Verteilung ihres Vermögens an die 88 225 000 Einwohner Deutschlands auf den Kopf der Bevölkerung immerhin 17 M. entfielen, oder ein Oesterreicher, der die I.G.-Farben um 1,1 Milliarden Mark kaufen wollte, mit der gesamten in seinem Vaterlande umlaufenden Geldmenge, Papiergeld und Metallgeld zusammengekommen, nicht mehr als die Hälfte bezahlen könnte. Natürlich macht das Kapital der dem Konzern angehörenden, nur durch Beteiligung beherrschten Unternehmungen ein Vielfaches von 1,1 Milliarden aus.

Sind das nicht schon ungekrönte Herzöge, die hier über Farben, Säuren, Soda, Kunstdünger, Medikamente (Aspirin), photographische Artikel (Agfa), Kohlenverflüchtigung, Erdöl, Kunstseide, Asphalt, Zucker, Gips, Elektrochemie, Kunststeine, Sprengstoffe und selbstverständlich eine eigene Bank gebieten? Deren Unternehmungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Tschechoslowakei, Schweiz, Spanien, Vereinigten Staaten, Kanada, China, Brasilien, sogar in Oesterreich liegen? Deren Arbeiterzahl in den deutschen Betrieben allein etwa 100 000 beträgt, so viel wie die Einwohnerzahl von Mainz, Wiesbaden oder Linz an der Donau.

Die I.G.-Farben ist nur ein Beispiel eines Konzerns, es gibt daneben noch viele andere, wenngleich an sich kleinere. Immerhin arbeiten viele Hunderttausende, vielleicht sogar schon Millionen Arbeiter und Angestellte in den großen europäischen Konzern, die durch die innige Verflechtung mit der ganzen Volkswirtschaft und durch ihren innigen Beziehungen zu Regierungen und Regierungsparteien, aber auch die nicht unter ihrem Kommando arbeitenden Menschen unter ihre Botmäßigkeit bringen.

Darf für die Beherrschten der Begriff Konzern noch rätselhaft bleiben? Darf sie sich aber damit begnügen, ab und zu einmal Klarheit über irgendeinen rätselhaften Begriff der kapitalistischen Wirtschaft zu erlangen? Nein, der arbeitende Mensch der Gegenwart, der in Gewerkschaft und politischer Organisation den Klassenkampf gegen den Kapitalismus führt, würde den Klassenkampf begraben, wollte er sein Stadium betreiben wie die Lösung eines Kreuzwortsrätsels.

Darum, Ihr arbeitenden Menschen, ringt Euch von der anezogenen Bescheidenheit, die letzten Endes zur Gleichgültigkeit führt, los, wie in allem auch in Eurem Wissensdrang, und erhebet immer lauter die Forderung:

„Mehr ökonomische Bildung!“

## Die Bedeutung des Wandanstriches für die Gesundheit.

Von Dr. W. Schweißheimer.

Ein Zimmer ist erst fertiggestellt, es ist erst „in Ordnung“, wenn seine Wände gestrichen sind. Eine ungestrichene Zimmerdecke oder eine Decke, deren Verputz im Ablättern begriffen ist, erscheint uns als unordentlich. Sind es lediglich Schönheitsgründe, die diesem Empfinden

auch des ärmsten Menschen würdig! Das Außergewöhnliche, Langersehnte, beglückt oft mehr und löst in uns ein Gefühl aus, das dankbar und ergeben die Stunde ehrt, in der wir selbstverloren und hingegeben der Materialität des Genusses sein dürfen.

Ja, wir waren auch glücklich, wandern zu können, immer mit dem Blick auf die Natur, immer bedacht, Wald, Wind und Sterne in uns hineinzu ziehen, und sie fest zu verankern und sie zu bewahren für die grauen Stunden in der Fabrik, die uns wieder erwartete. Ja, wir waren glücklich, Hoffnung auf Arbeit zu haben, nicht immer ein Ziel vor Augen; manchmal war es die Aussicht auf wenige Pfennige. Warum wir die Landstraße liebten? Weil uns Besinnung blieb, über Gott und Welt, über Sinn und Wirklichkeit, über Schicksal und Befreiung nachzudenken, weil wir den Kopf in den Wind stecken konnten, der draußen noch freier und brandiger weht; weil wir noch jung waren und noch nicht zerhackt von den Gewittern der Zeit, und trotzig, allen Kleinmütigen, Engherzigen den Dreck unserer Verachtung nachzuwerfen. Getrieben von einer unsichtbaren Peitsche, die uns über dem Nacken hing, unruhig gemacht vom Blut der Väter, das uns galoppierend durch die Adern sprang, begehrt nach den Schönheiten der Erde, die auch uns gehörten, rebellisch, Recht und Freiheit fordernd, eroberten wir uns die Welt. Wir liebten alle die zerfledderten Gestalten, die Inflation, die verfluchten Brüder der Penne, die reisenden Kollegen und derben Fleischergefallen, die wir in unser Herz schlossen und mit denen wir uns verbrüderert meinten. Begrüßt sei in Erinnerung Jost Pombold, alter Knabe, mit einem zerwetzten Schödel von Feuer und Streifflust, Behel der Landstraße, der die Tagelöhner und Schnitter auffällig machte gegen ihre Unterdrücker, und die Junker vor die Nase wiff, wenn sie ihm etwas anhaben wollten. Begrüßt sei auch in Erinnerung Georgias, die fetze Wanze, ein Saukerl, groß und stark wie ein sibirischer Bär, kundig aller europäischen Fußwege, von den antiken Klamottenfeldern bei Girona bis nach Hammerfest hinan, freuer Barsche io mancher Bettelkampagne, redlicher Kamerad.

zugrunde liegen? Man muß sich sehr davor hüten, Bedürfnisse im Wohnungsbau auf Schönheitsgründe zurückzuführen. Fast immer ist die Grundlage eines solchen Bedürfnisses in irgendwelchen gesundheitlichen Notwendigkeiten zu suchen, und nur die Form der Ausführung wird vom Schönheitsempfinden gelenkt. Anders wäre es nicht zu erklären, daß zwar die Formen der einzelnen Wohnungsteile sich im Laufe der Zeiten mit dem wechselnden Geschmack ändern, daß aber die Einrichtungen selbst bestehen bleiben. Auch wo neue Einrichtungen in die Wohnung eingeführt werden, lassen sich beinahe immer gesundheitliche Erfordernisse nachweisen.

Das Streichen der Wände (zum Teil auch das Tapezieren) dient in erster Linie zur Bekämpfung des Staube. In ungestrichenen Wänden hat der Staub eine vorzügliche Gelegenheit zur Ansiedlung. Man braucht nur einmal eine Zimmerdecke oder eine Wand eine Zeitlang mit Stoffen zu bekleiden, und man wird bei der mikroskopischen Untersuchung, aber auch schon beim Ausklopfen und Auswaschen der Stoffe erkennen, welche große Menge Staub sich auch in einem ungeheizten Zimmer niedergelassen hat. Dieser Staub ist aus verschiedenen Gründen für die Gesundheit von Nachteil. Er lagert sich in wachsender Menge in den Nischen und Vertiefungen der ungestrichenen Wände ab. Ein Luftzug genügt, um ihn aufzuwirbeln und in die Atmungsluft zu bringen. Damit ist nicht nur eine Reizung der Schleimhäute und eine Entzündung von Katarrhen verknüpft, sondern am Staub haften erfahrungsgemäß viele Krankheitserreger, und sie gelangen mit dem Luftstrom in den Körper. Der Staub begünstigt ferner, zumal wenn Wände oder Decken feucht sind, die Entwicklung von Schimmelpilzen und Gärungsregenern; dadurch entsteht ein unangenehmer Geruch, der den Aufenthalt in einem derartigen Zimmer unwohllich gestaltet. Staublagerung verdunkelt allmählich die vordem hellen Wände, so daß das einfallende Licht nicht mehr in hinreichendem Maße reflektiert wird. Licht und Helligkeit sind aber die Seele der Wohnung und die größten Feinde aller Krankheitskeime.

Besonders schädlich wirken die halbgestrichenen Decken, von denen die ehemalige Anstrichfarbe zum Teil in Blättern losgelöst ist. Derartige Nischen sind eine Sammelstelle von Staub und eine Brutstätte von Krankheitskeimen. Denn nur in dem Dunkel solcher Höhlungen können sich die Krankheitserreger festsetzen und vermehren. Es ist daher wünschenswert, daß derartige Wand- und Deckenanstreich immer rechtzeitig wieder erneuert wird, was ja mit verhältnismäßig geringen Kosten durchführbar ist. Allerdings ist auch zu fordern, daß derartige Arbeiten mit Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit ausgeführt werden, und daß nicht — wie das nicht so ganz selten ist — schon nach ganz wenigen Wochen die Anstrichfarbe wieder abblättert.

Es ist gesundheitlich vorteilhaft, wenn Anstriche abwaschbar sind. Hier ist aber eine eigene Technik nötig. Das Ueberstreichen mit Oelfarben, mit Wachs- und Emailfarben macht auch einen sonst für Wasser durchlässigen Wandverputz abwaschbar. Auf Zement können solche Farben allerdings erst gestrichen werden, wenn er schon vollkommen erhärtet ist. Eine Zimmerdecke, die das Reinigen mit Wasser aushalten soll, muß vorher mit gutem Lack überzogen werden. Die Reinigung selbst wird mit feuchten Tüchern oder nassem Leder vorgenommen. Mit Seife muß man sehr vorsichtig verfahren, Soda ist nicht geeignet.

Am häufigsten gelangt der billige Kalkfarbenanstrich zur Verwendung, namentlich in den einfacheren Wohnungen. Er hat den Vorzug, billig zu sein und daher oft erneuert werden zu können. Den gesundheitlichen Zweck, der Anstebelung von Staub zu wehren und desinfizierend zu wirken, erreicht der Kalkfarbenanstrich vollkommen. Sein Nachteil besteht darin, daß er auf den Wänden schlecht haftet. So wird er einerseits rasch abgestoßen und abfallen, und andererseits nimmt er leicht Schmutz auf. Er wird daher zweckmäßig am unteren Teil der Wände, an den die Bewohner viel stoßen, nicht zur Anwendung kommen. Bis zu einer Höhe von 1,70 m oder wenigstens 1,50 m sollte daher am besten ein kräftigerer, wenn möglich wasserbarer Anstrich gewählt werden. Leimfarben werden von verschiedenen Seiten ungünstig beurteilt. Der feuchte Leim wird von Krankheitserregern als Nährboden benutzt. Die Feuchtigkeit ruft im Leim auch Fersungsercheinungen hervor, ein Grund, warum in Neubauten, in denen mit Leimfarbe gestrichen wurde, oft so schlechter Geruch herrscht. Eine starke Leimschicht legt die Durchlässigkeit einer Wand für Luft herab, und damit geht die wichtige Luftventilation durch die Wand zum Teil verloren.

Die Frage nach der Farbe des Wandanstrichs wird wohl meist nach ästhetischen Gesichtspunkten gelöst werden. Weiß ist am besten, weil es die einfallenden Lichtstrahlen reichlich reflektiert. Es wirkt aber, namentlich bei greller Sonnenbeleuchtung, oft blendend auf das Auge. Sehr viel Licht wird durch hellgrünen oder hellgelben zarten Anstrich erzielt. Wo andere Gesichtspunkte nicht in Betracht kommen, werden diese Farben bevorzugt werden. In sehr hellen Räumen kann die blendende Wirkung des Hellgelb durch Zufug von Grau etwas abgemildert werden. In Gesellschaftsräumen werden vor allem ästhetische Gesichtspunkte zur Anwendung gelangen und daher dunklere Töne nicht selten sein. Arbeitszimmer dagegen, Kinderzimmer, Küchen, Gänge, Kellerräume, Treppenhäuser und selbstverständlich Krankenzimmer und Operationsräume sollten dagegen durchweg mit hellen Farben gestrichen werden. Daß dabei keine giftigen Farben zur Verwendung kommen dürfen, braucht wohl nicht betont zu werden. Die gesetzlichen Bestimmungen der Neuzeit haben auf diesem Gebiete eine bedeutende Besserung hervorgerufen.

## Wissenschaft oder beabsichtigte Propagation?

Leider geben sich auch Wissenschaftler dazu her, die seit einiger Zeit wieder außerordentlich scharf einsetzende Hege gewisser Unternehmerkreise gegen die Sozialversicherung mitzumachen und sie unter dem Mantel „tieferer Gelehrsamkeit“ zu unterstützen. In ihrer Hand wird die Wissenschaft zur willfährigen Helferin der Reaktion. Aber diese Herren verstehen nicht und sie werden es nie begreifen lernen, daß der Klassenkampf der organisierten Arbeiterschaft mehr ist, als nur ein Streben nach materiellen Vorteilen. Von der jahrhundertelangen geistigen Anbelangung der Arbeiterklasse und ihren Folgen für die gesamte Volkswirtschaft — woraus doch allerbald zu lernen wäre — scheint den Leuten bis zum heutigen Tage nur wenig bekannt geworden zu sein. Anders sind Ausführungen, wie sie sich der bekannte Professor Harnegger, Gießen, in seinem Kampfe gegen die soziale Gesetzgebung leistet, nicht zu verstehen. Dieser „bekannte große Philosoph“, wie ihn sein Verlag in einem Reklamezettel bezeichnet, macht sich seine Arbeit verhältnismäßig leicht. Für ihn sind die Uebel der Welt, wie Armut und Krankheit ewige Tribute der göttlichen Weltordnung“. Er schreibt wörtlich:

„Unsere Zeit macht allen Ernstes den Versuch, etwas zu erreichen, wozu sich Jahrtausende vergeblich bemüht haben, woran sie sich die Zähne ausgebeißt haben, nämlich die Armut abzuschaffen. Das versuche nur unsere Zeit, sie wird ihr blaues Wunder erleben. Nämlich die Armut und deren Folgen, der Hunger, diese unheimlichen Gespenster, sind die unentbehrlichen Triebkräfte des Menschenlebens. Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor der Armut und dem Hunger getrieben werden, wenn diese Peitsche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihrem Rücken droht, dann tun sie nichts mehr, dann erschaffen sie, dann erlahmt und erlischt die Arbeitskraft. — Wer keine heroische Auffassung vom Leben hat, verkennt den immensen Gehalt des Lebens!“

Man könnte sich ja ersparen, auf diese „gelehrten“ Tiraden einzugehen. Denn nicht die grundsätzliche Ablehnung der Sozialpolitik ist das Wesentlichste, sondern die völlige Unwissenheit dieses Gelehrten auf sozialem Gebiete. So sagt Harnegger in seiner Broschüre zur Arbeitszeitfrage: „Der Staat könne wohl Frauen- und Kinderarbeit und Sonntagsruhe regeln, aber niemals dürfe er sich zur allgemeinen Arbeitszeitregelung für die gesamte Wirtschaft verstellen!“ Das ist nicht mehr Schutz, sondern Zwangswirtschaft. In Deutschland müsse infolge dieser Zwangswirtschaft das Bürgertum wieder einholen, was die anderen Völker schon längst gewonnen haben. Die Pflicht, im Interesse der Volksgesundheit, der Kranken, Invaliden und Altersverlassenen kehren alle die Klagen und Behauptungen wieder, die seit Jahr und Tag durch die Unternehmerpresse liefen, ohne daß sie dadurch an Wahrheitsähnlichkeit nur ein Jota gewonnen hätten. Einer seiner Hauptpunkte ist die Befürchtung der sogenannten Verwechslung der Versicherungen, als nach seiner Ansicht notwendige Folge der Versicherungsreform. Erst recht will er nichts von einer Altersversicherung wissen, da die Kinder ihre alt und arbeitsunfähig gewordenen Eltern ernähren sollen. Alles andere gefahrlos oder zersetzend die Familieneinstellung. Pensionen seien nur gerechtfertigt bei höheren Beamten mit langjähriger Vorbildung. Das Unheil der Entkultivierung erreicht aber nach dem Gießener Universitätsphilosophen seinen Höhepunkt im Befehl der Arbeitslosenversicherung. Und gegen alle Gefahren der „Verwechslung“ und „Entkultivierung“ so großer Volksteile wehrt der gelehrte Mann nichts anderes zu empfehlen als erhöhten Sparzwang für die Arbeiterschaft und die gerühmte freie Wirtschaft für die Arbeitgeber. Das sind seine Alibi-Mittel.

Alles deckt sich mit dem, was der Schilling Hagenbergs, Herr Hark, in seiner Broschüre „Irwege der deutschen Sozialpolitik und der Weg zur freien Wirtschaft“ so angelegentlich gesagt und empfohlen hat: Unsere nicht-wissenschaftliche, der logischen Denkweise der organisierten Arbeiterschaft entsprechende Auffassung ist diesen gelehrten Betrachtungen direkt entgegengesetzt und wir beneiden diese Herren nicht um ihre Besinnung, die zweifellos den gestellten Aufträgen durchaus richtig entspricht.

H. Büttner, Lübeck.

## Was Ausländer den deutschen Unternehmern entgegenstellen.

Ein Artikel „Arbeits und sparet!“ in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ beschäftigte sich kürzlich mit dem Youngplan. Es gebe nur ein Gesetz, dessen Befolgung allein dem deutschen Volke wieder Unabhängigkeit und Zukunft sichern kann: Arbeits und sparet! Die alte Litanei, die wir seit Jahren zu hören gewohnt sind. In der Regel wird eine derartige Mahnung von Leuten ausgesprochen, die selbst nicht im entferntesten an solche Mahnungen denken.

Demgegenüber wirkt es erfrischend, wenn Wirtschaftspolitiker anderer Länder auf Grund ihrer Erfolge eine Wirtschaftspolitik befürworten, die unseres Erachtens eher zum Ziele führt. Auf dem Weltreklamekongress in Berlin sind zahlreiche Reden von internationalen Fachleuten gehalten worden, aus denen wir einige Stellen zitieren wollen. Ein englischer Redner, Sir Ernest Benn, sagte in einem Vortrage „Reklame und Lebensniveau“ unter anderem: „Die Erhöhung des Lebensniveaus der ganzen Menschheit ist ein Problem von Verkauf und Verteilung. Die Volkswirtschaftslehre hat bisher weitläufig viel Aufmerksamkeit auf die Produktion und gar zu

# Deine Filialverwaltung legt Dir das „FACHBLATT“ gern zur Ansicht vor!

## Stunde nicht länger!

wenig auf den Konsum verwandt. Der Verbraucher ist notwendigerweise der Seniorpartner im Handel und Industrie. Der Luxus von gestern ist die Bequemlichkeit von heute und die Notwendigkeit von morgen.“ Der bekannte amerikanische Wirtschaftler Edward A. Filene führte in seinem Vortrage „Reklame als Weg zum Weltfortschritt“ unter anderem folgendes aus:

„Massenherstellung bedingt Massenabsatz und hat wieder die Voraussetzungen niedrigerer Preise und hoher Massenkaufrkraft. Als ich ein Junge war, glaubte ich, daß man ein Vermögen nur erarbeiten und erlangen könne, indem man die Gehälter und Löhne seiner Angestellten so niedrig wie möglich hielt und den eigenen Proffit an die erste Stelle setzt. Der moderne Geschäftsmann weiß, daß dies falsch ist. Um unsere Waren abzusetzen, muß der Konsument das Geld haben, sie zu kaufen, und wer anders als unsere eigenen Angestellten sind unsere Abnehmer? Eine Herabsetzung der Kaufkraft der Angestellten und Arbeiter kommt dem Verkauf gleich, sich seine eigene Nase abzuschneiden, um sein Geschäft zu steigern. Der Unternehmer kann dadurch wohl die Produktionskosten etwas herabsetzen, aber er vermindert gleichzeitig seinen Verdienst um mindestens den gleichen Betrag. Niedrige Preise und hohe Löhne sind der einzige Weg zum Wohlergehen aller, zu Prosperität, das heißt zum allgemeinen Wohlstand, im Gegensatz zum angehäuften Reichtum einzelner weniger. Der Druck der Notwendigkeit wird früher oder später auch den europäischen Widerstand gegen hohe Löhne und billige Preise brechen, und daneben wird das Bedürfnis nach Absatzmärkten den Widerstand gegen die heutigen unmöglichen Zollmauern stetig vergrößern, bis eines Tages auch sie stürzen und die Vereinigten Staaten von Europa zur Katastrophe werden. Man braucht nur zu überlegen, wie die heutige Lage der Vereinigten Staaten von Amerika sein würde, wenn jeder der 48 Staaten sich durch Zollmauern gegen einander schützte. Schutz Zoll ist ein unzutreffendes Wort und Denkschwärze ein viel besseres dafür.“

Einem Ausrufer sagte derselbe Amerikaner folgendes: „Amerika hat mehr Rohstoffe als Deutschland. Aber ich bitte, Deutschland bezahle für diese Rohstoffe dieselben Preise, die unsere amerikanischen Produzenten dafür bezahlen. Daran liegt es nicht. Deutschland hat eine intelligente und fleißige Arbeiterschaft, erfundenreiche Techniker, eine hochstehende Wissenschaft und vor allem das Vertrauen der Welt. Deshalb kann Deutschland Kredit bekommen, soviel es braucht, wenn es versteht, seinen eigenen Markt aufnahmefähiger zu gestalten. In 10 Jahren wird Deutschland wieder auf der Höhe sein, wenn es mit der überlebten Weltproduktion von Rohstoffen und hohen Preisen brechen würde.“

So denken moderne Geschäftsleute im Gegensatz zu jenen Bananen, die in den Redaktionen der Unternehmerrzeitungen ihre Linie verspielen. Nicht die alte Lehre von arbeiten und sparen führt zum Ziel, sondern arbeiten und Kapital schaffen auf der Basis einer stetig wachsenden Massenkaufrkraft.

## Der Lebenspielraum der Menschheit wächst.

Bei der Betrachtung der Reparationsleistungen muß man von der Frage ausgehen, ob der Wachstumsprozeß der Wirtschaft in den bisherigen Ausmaßen anhält oder nicht. Ist das erstere der Fall, dann besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Leistungen gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung immer weniger drückend sich gestalten. Eine Reparationsleistung von durchschnittlich 2000 Millionen Mark jährlich wird in 20 Jahren eine geringere Rolle spielen, wenn die Produktivität der Wirtschaft einen wesentlich höheren Grad zeigt. Es sind keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich verlangsamte wird. Die verbesserten statistischen Methoden lassen einen immer tieferen Einblick in die Verhältnisse der Wirtschaft zu. Der Völkerbund und andere internationale Organisationen machen erfolgreich den Versuch, den Verlauf der Wirtschaft in Zahlen zu bannen, wodurch ein steter Gesamtüberblick möglich ist. Um nun noch einmal auf die Erleichterungen der Reparationsleistungen zu kommen, so liegen sie in folgendem: Steigerung der Ergebligkeit der Produktion, Erhöhung der Rentabilität, Ausdehnung des Weltmarktes, Steigerung der Ausfuhrfähigkeit, stärkere Kapitalbildung, Verminderung der zölpolitischen Hemmnisse, Steigerung der Reallöhne usw. Sowohl die gesamte weltwirtschaftliche Entwicklung als auch diejenige Deutschlands eröffnen für die Zukunft günstige Anhaltspunkte, daß sich die Entwicklung in dieser Richtung vollziehen wird.

Kürzlich hat der Völkerbund eine Denkschrift herausgegeben, betitelt „Memorandum sur la production et le commerce 1918 et 1928—1927“, die im Heft 33 des „Magazin der Wirtschaft“ von dem bekannten Statistiker Wladimir Wopkinsky besprochen wird. Die Auszüge, die dort aus dieser Denkschrift mitgeteilt werden, geben ein eindrucksvolles Bild von dem Wachstum der Wirtschaft. Vor allem geht daraus klar hervor, daß die europäische Wirtschaft sich von den Folgen des Krieges erholt hat und wieder einen steigenden Anteil an der Weltwirtschaft gewinnt. Auf der Grundlage der Preise des Jahres 1927 stieg die Produktion an Lebensmitteln und Rohstoffen von 1913 bis 1927 von 48 295 Millionen Dollar auf 58 446 Millionen Dollar, davon Lebensmittel von 30 176 Millionen Dollar auf 33 950 Millionen Dollar, Rohstoffe von 18 119 Millionen Dollar auf 24 496 Millionen Dollar. In der erwähnten Denkschrift werden für die Welt die nach-

folgenden Produktions-Indexzahlen auf der Grundlage der Preise vom Jahre 1913 ermittelt:

	1913	1923	1924	1925	1926	1927	1928
Lebensmittel	100	108	102	111	109	113	116
Rohstoffe	100	110	116	125	129	135	139
Zusammen	100	108	108	116	117	121	125

Die Bevölkerung der Welt nahm im Zeitraum von 1913 bis 1927 um 9 % zu. Die Bevölkerungszunahme war nicht gleichmäßig. Sie betrug in Europa ohne Rußland 6 %, in Europa mit Rußland 7 %, Nordamerika 23 %, Zentralamerika 5 %, Südamerika 41 %, Afrika 11 %, Asien 7 % und Ozeanien 23 %. Im übrigen ergeben die mitgeteilten Ziffern folgende Schlußfolgerungen: Während die Bevölkerungszunahme 9 % betrug, machte die Gewinnung der Lebensmittel und wichtigsten Rohstoffe einen Zuwachs von 21 % und der Weltmarkt einen solchen von 20 % aus. Im Jahre 1928 dürfte der Produktionsindex 125 betragen. Der Produktionsindex für das Jahr 1927 betrug bei den Lebensmitteln 113 und bei den Rohstoffen 135. Für das Jahr 1928 ergeben sich die Ziffern von 116 beziehungsweise 139. Die Umsätze des Welthandels stiegen allein im Jahre 1927 um 9 %. Die Umsätze des Außenhandels der europäischen Staaten überschritten zum ersten Male den Stand des letzten Vorkriegsjahres. Ohne Sowjet-Rußland waren sie sogar noch höher als 1913. Die Entwicklung der Handelsumsätze und der Produktion der übrigen Länder waren sehr unterschiedlich. Im ganzen ergibt sich aber eine sehr günstige Entwicklung. Der Produktionsindex stieg im Jahre 1927 für die Welt von 117 auf 121, das heißt um 3,4 %, für Europa ohne Rußland von 98 auf 109, das heißt um 13,5 %. Der Außenhandel nahm folgende Entwicklung: Der Index der Einfuhr für die Welt von 112 auf 121, das heißt um 8 %, für Europa ohne Rußland von 98 auf 112, das heißt um 14,4 %. Der Index der Ausfuhr stieg für die Welt von 109 auf 120, das heißt um 10,1 %, für Europa ohne Rußland von 92 auf 104 oder um 13 %. In diesen Ziffern spiegelt sich die deutsche Inlandskonjunktur des Jahres 1927 sehr deutlich wieder.

Die Entwicklung des Weltkapitalismus befindet sich in ununterbrochenem Aufstieg. Stillstand würde Rückschritt bedeuten. Dieser zeigt sich weder in der gesamten Weltwirtschaft noch in der Entwicklung Europas. Wir können also durchaus die Hoffnung haben, daß der Wachstumsprozeß die Steigerung der letzten Jahrzehnte auch in der Zukunft beibehalten wird. Es ergibt sich daraus, daß die Reparationsleistungen im Laufe der Zeit ihre drückende Schwere verlieren werden. Weiter können wir auf eine Erhöhung der Reallöhne und der Arbeitsbedingungen, eine Katastrophe für die deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger, wenn die Verhältnisse deutscher Reaktionen in Erfüllung gehen würden, die Leistung von Reparationen niedrigerer Reallöhne und Verhinderung jedes sozialen Aufstiegs bedeuten würden. Die Entfaltung der Weltwirtschaft und die Verhältnisse der deutschen Volkswirtschaft lassen im Gegenteil den entgegengesetzten Schluß zu. Der Nahrungspreissteigerung steigt, das Brot wächst schneller als die Menschen, es kommt nur noch darauf an, daß die geeinte deutsche Arbeiterklasse die Tendenzen der Wirtschaft zu nutzen weiß und ihre Interessen als die wichtigsten der Wirtschaft in den Vordergrund schiebt. Das ist jene Zukunftsmission, die die Gewerkschaften zu erfüllen haben.

## Aus Oberschlesien.

In Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg tagten am 14. und 15. August öffentliche Malerverfammlungen, in denen unser Bezirksleiter, Kollege Jaeschmann, Berlin, über die Frühjahrslösbewegungen in Schlesien referierte, die sich besonders schwierig gestalteten.

Die Parole: Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit galt in erster Linie für die schlesischen Malermeister, wie die Verhandlungen und Arbeitseinstellungen in Schlesien bewiesen haben. Hier lehnten die Arbeitgeber von vornherein jede Verhandlung ab, und mußten erst durch die Schlichtungsinstanzen gezwungen werden, Verhandlungen über den Neuabschluss des Vertrages und die Neuregelung der Löhne mit der Organisation zu führen. Ein vor dem Schlichtungsausschuß in Breslau zustande gekommener Schiedspruch in der Lohnfrage wurde abgelehnt und annähernd 1000 Kollegen mußten in Schlesien zur Arbeitseinstellung greifen, ehe die Arbeitgeber sich für einen Vertrags- und Lohnabschluß bereit erklärten. Der Erfolg dieser Bewegung liegt darin, daß die bisherigen Ferien entgegen dem Antrage der Arbeitgeber — erhalten wurden, daß der Achtstundentag gewahrt ist und eine Lohn-erhöhung von 4 3 beziehungsweise 5 3 die Stunde erreicht wurde. Für unsere schlesischen Kollegen betragt dieses auf die Sommerarbeitszeit umgerechnet eine Mehreinnahme von rund 140 000 M. Der Kampf, der durch unsere Kollegen geführt werden mußte, wurde von den schlesischen Arbeitgebern in der Öffentlichkeit in der unwahrhaftigsten Weise dargestellt.

Die Organisationsleitung hatte von den Kollegen den Auftrag erhalten, einen Vertrag für ganz Schlesien zustande zu bringen und ebenso die Lohnverhältnisse einheitlich zu regeln. Dieser Auftrag war infolge der ungeregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse hauptsächlich in Oberschlesien geboten. Die Anerkennung des früheren Landes-tarifvertrages war zum Teil durch Sonderverhandlungen, zum andern Teil durch Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen in den Orten Reife, Neustadt, Oppeln, Kreuzburg und Ratibor durchgeführt. Für Beuthen bestand bis zum Mai dieses Jahres ein besonderer Ortsvertrag; ebenso für Gleiwitz und Hindenburg. Den Arbeitgebern in den drei vorgenannten Orten war bereits am 1. Februar dieses

Jahres mitgeteilt worden, daß die Eingliederung dieser drei Städte in den Landesarifvertrag bei den Neuverhandlungen erfolgen müsse. Die Kündigung der bestehenden Verträge ist rechtzeitig ausgesprochen. Die überschüssigen Malermeister hatten jedoch dasselbe Bestreben, wie im übrigen Schlesien; sie wollten für sich besondere Vergünstigungen durch niedrigere Löhne und lange Arbeitszeit durchsetzen. Deshalb verfolgten sie dieselbe Wanzentaktik wie die übrigen schlesischen Meister und glaubten, keinen Anlaß zu Verhandlungen mit der Organisationsleitung zu haben. Durch die Streiks im übrigen Schlesien unruhig geworden, luden sie jedoch zum 28. Mai 1929 plötzlich unsere Vertreter und wollten nunmehr in aller Eile Vertrag und Lohn zustande bringen. Ihr erstes Angebot betrug einen Stundenlohn von 95 3. Dafür wollten sie aber die neunstündige Arbeitszeit einhalten. Ja, sogar bis zur zehnten Stunde nicht den im übrigen Reich geltenden tariflichen Lohnzuschlag für Ueberstunden zahlen. Ein solches Angebot mußte glatt abgelehnt werden und so scheiterten diese Verhandlungen. Die Arbeitgeber versuchten nun durch Unterbreitung von Reversen unsere Kollegen einzufangen. Hierbei boten sie unsern Kollegen 98 3 Lohn und drei Tage Urlaub nach einjähriger Beschäftigung. Aus den Reversen konnte man entnehmen, daß die Verhandlungen schließlich nur wegen der Ueberstundenzuschläge gescheitert seien. Dasselbe bewirkte Irreführung, die die Arbeitgeber im übrigen Schlesien während des Kampfes betrieben, wurde auch hier befolgt. Inzwischen lief der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit des neu zustande gekommenen Landesarifvertrages. Dagegen wurde von seiten des Obermeisters Krügelich in Gleiwitz Einspruch erhoben und dieselbe Unwahrhaftigkeit auch gegenüber dem Reichsarbeitsministerium und andern Stellen vertreten. Während wir feststellen konnten, daß die Arbeitgeber über den Tarifvertrag unterrichtet wurden, schrieb Herr Krügelich, daß dieses nicht der Fall sei. In merkwürdigem Gegensatz zu dem Revers, der unsern Kollegen auf den Arbeitsstellen durch die Arbeitgeber vorgelegt wurde, steht nun aber das, was in dem Einspruchsschreiben angeführt ist. Da heißt es ganz deutlich: „... daß 98 3 Lohn nur gezahlt werden sollen, wenn der bestehende Tarifvertrag auf ein weiteres Jahr verlängert wird, und diese 98 3 zugleich als Ausgleich für die Ueberstundenzuschläge der Vereinigung wegen gewährt werden solle.“ Während die Arbeitgeber in dem Revers etwas anderes schreiben, ist hier zugegeben, daß also doch zehn Stunden ohne Zuschlag gearbeitet werden soll. Herr Krügelich schreibt zur Ferienfrage: „Für letztere besteht bei der breiten Masse der Gehilfen eigentlich gar kein Bedürfnis. Sie ist lediglich bei der Organisationsleitung Prinzipienfrage. Für uns, Arbeitgeber sind aber diesbezügliche Uebertriebene Forderungen nicht tragbar und unannehmlich.“ Also auch hier wieder ein Gegensatz. Revers und Einspruch. Auf dem Revers bieten die Arbeitgeber drei Tage Urlaub an und in dem Einspruch bezeichnet Herr Krügelich diese Forderung als übertrieben, untragbar und unsinnig. Darauf ist ihm, weil er gleichzeitig in dem Einspruchsschreiben neue Verhandlungen wünscht, unterm 28. Juli mitgeteilt worden, daß Verhandlungen von unserer Seite niemals abgelehnt werden, aber gültige Verträge und Abkommen nur von Organisation zu Organisation und nicht von zusammengelaufenen Unorganisierten gefügt werden können. Es ist auch zu hoffen, daß trotz des Einspruchs des Herrn Krügelich die Allgemeinverbindlichkeit des Landesarifvertrages und der Löhne ausgesprochen wird. Damit würden ja dann endlich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch in den drei ober-schlesischen Städten geschaffen.

Die Kollegenschaft sollte erkennen, daß die Zwangsorganisation der Innung ihnen gegenübersteht, und deshalb auch sie reflexlos den Weg zur freien Organisation der Gehilfen finden. Das ist in erfreulichem Maße auch bereits geschehen, indem die Mitgliederzahl in diesem Jahre in Schlesien von 2600 auf 3000, im Bereich des 1. Bezirkes des Verbandes der Maler von 11 000 auf 12 000 und im Gesamtverband von 56 000 auf über 60 000 gesteigert wurde. Bessere Organisationsverhältnisse in Schlesien werden dazu führen, daß der Widerstand der Arbeitgeber und die Tarifeindlichkeit gebrochen wird und die Parole: Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit der Vergangenheit angehört. Die anschließende rege Aussprache in allen drei Orten zeigte volles Einverständnis aller, auch der anwesenden unorganisierten Kollegen, mit den Ausführungen des Referenten.

## Aus unserm Beruf

Wiesbaden. Am 18. August 1929 tagte die zweite Generalversammlung unserer Filiale, zu der aus 15 Zahlstellen 28 Delegierte erschienen waren, die zusammen 1150 Mitglieder zu vertreten hatten. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht ging hervor, daß sich trotz der ungünstigen Wirtschaftslage die Filiale sehr gut entwickelt hat. Die im Frühjahr durchgeführte Agitation zeitigte ein befriedigendes Resultat. Etwa die Hälfte der besuchten noch unorganisierten Kollegen konnte für den Verband als Mitglieder gewonnen werden. Den noch restlichen Teil aufzuklären, muß unsere weitere Aufgabe sein. Unsere Kassenverhältnisse sind durchaus gut. Die noch immer anhaltende Krise ist auch im 2. Quartal nicht spurlos vorübergegangen, denn statistisch ist nachgewiesen, daß die Erwerbslosigkeit im Baugewerbe, und ganz besonders im Maler- und Ländergewerbe, im Reichsdurchschnitt 15 % betrug, und Ende des Monats April sogar bis zu 35,5 % gestiegen war. Viele Bauvorhaben konnten nicht zur Ausführung gebracht werden, sie scheiterten an dem Widerstand der Länder und Gemeinden. Große Werte an Volksvermögen gehen verloren durch die Verlotterung der Altwohnungen.

Man hat nicht den Willen, die Werte unter verhältnismäßig geringem Aufwand von Mitteln zu erhalten und Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Der herausbeschworene Kampf um die Arbeitslosenversicherung ist in vollem Gange. Ein abschließendes Urteil läßt sich jedoch noch nicht bilden. Den Spitzen der Gewerkschaften fällt deshalb die Aufgabe zu, jede geplante Verschlechterung für die Saisonarbeiter abzuwehren. Das verfolgte Ziel ist ein sehr durchsichtiges und läßt auf den ersten Blick erkennen, welche Absichten man auf der Gegenseite hat. Durch programmatische Aufklärungsarbeit im Sinne der Gewerkschaften muß dieser Plan durchkreuzt werden. Der Mitte April in Berlin gefällte Schiedspruch des Haupttarifamtes brachte eine Lohn-erhöhung von 4 % pro Stunde für unsere Kollegen. Die Lohn-erhöhung befriedigt die Berufsangehörigen in keiner Weise, weil feststeht, daß die Kaufkraft der Mark um 4 % geringer geworden ist gegenüber dem vorigen Jahre, während sich der Lohn nur um 4 bis 6 % erhöht hat. Sehr viel Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Lohnes mußten von dem Arbeitsgericht ausgetragen werden. Auch das Ortstarifamt trat zusammen, um der überhandnehmenden Schmutzkonkurrenz im Maler- und Tischergewerbe entgegenzuwirken. Im Lohngebiet Wiesbaden sowie im Rheingau ist die Durchführung der reichsstarifvertraglichen Bestimmungen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, die durch das vorherrschende Kleinmietertum schwer zu beseitigen sind. Mit großer Sorgfalt wird die Förderung der Jugendbewegung gepflegt, ungeachtet der vielen Komplikationen, die sich auf diesem Gebiete ergeben. Dennoch beweist der rege Verkehr, daß das Vertrauen der Masse der organisierten Arbeiterschaft immer mehr an Boden gewinnt. Hoffen wir deshalb, daß die geleistete Arbeit weiterhin gewürdigt wird und unsere Reihen bald auch den letzten noch außenstehenden Arbeitsbruder aufweisen werden.

### Berufsunfälle

**Breslau.** Bei Ausführung von Malerarbeiten in der Aula des Magdalenen Gymnasiums ereignete sich am 6. August ein schwerer Unfall. Der Kollege Plätzke aus Strehlen war damit beschäftigt, von einer 13prossigen Leiter aus auf der Galerie der Aula Wandröhren zu streichen. Der Fußboden der Galerie besteht aus drei abgestuften Podesten. Beim Lauf mit der Leiter auf dem obersten Podest trat Plätzke mit dem einen Fuß auf die zweite Stufe und die schwere Leiter geriet ins Fallen. Der Kollege wurde über das Geländer der Galerie geschleudert und fiel acht bis zehn Meter tief auf den Fußboden der Aula. Mit schweren Verletzungen an der linken Kopf- und Brustseite wurde er in die Magklinik transportiert, wo noch innere Verletzungen festgestellt wurden. Hoffentlich überlebt der noch junge Kollege die Unfallfolgen ohne spätere körperliche Gebrechen.

**Frankfurt.** Ein Arbeiter, nicht Berufsangehöriger, hatte in einer Fabrik den Auftrag erhalten, die Innenwände eines großen Dampfkessels mit Oelfarbe zu streichen, und stieg zu diesem Zweck von dem Dampfdom durch das enge Einmannloch in den Kessel. Als er einige Zeit im Kessel verweilt hatte, wurde er durch den Farbdunst ohnmächtig und fiel zu Boden. Ein zweiter Arbeiter stieg darauf zur Hilfeleistung in den Kessel, fiel aber gleichfalls bewußtlos nieder. Nunmehr alarmierte die Fabrikleitung die Feuerwehr. Einige Wehrmänner drangen mit Gasmasken in den Kessel und befreiten unter den schwierigsten Verhältnissen die beiden bereits dem Tode nahen Arbeiter durch den Dampfdom ins Freie. Die inzwischen alarmierte Rettungswache konnte die beiden Leute nach längerem Bemühen wieder ins Leben zurückrufen und brachte sie dann ins Krankenhaus.

**Hamburg.** Am 21. August stürzte der Kollege R. Lehmkuhl in einer Höhe von fünf Meter von einer Eisenkonstruktion ab und zog sich schwere Handgelenk- und Kopfverletzungen zu. Auf derselben Arbeitsstelle stürzte der Kollege Karl Grobe ebenfalls von der Eisenkonstruktion. Er verstarb nach Entlieferung in ein Krankenhaus, infolge eines Schädelbruches. Beide Unfälle ereigneten sich beim Bau von Gerüsten im Seefischhaus.

### Baugewerbliches

#### Das Baugewerbe als Faktor der Volkswirtschaft.

Welche Bedeutung dem Baugewerbe als Faktor der Wirtschaft zukommt, geht aus dem Bericht der Bau- und Bodenbank AG. hervor. Dort wird der Herstellungswert an Hoch-, Tief- und Straßenbauten für die beiden letzten Jahre auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Diese Summe verteilt sich zu 3,3 Milliarden Mark auf den Wohnungsbau, etwa 1 Milliarde Mark auf Reparaturen, Unterhaltung und Umbauten, 900 000 M auf den Neubau von Land- und Stadtsstraßen und deren Unterhaltung, etwa 1,2 Milliarden Mark auf Gebäude für öffentliche und gewerbliche Zwecke und 2,6 Milliarden Mark auf Tiefbauten aller Art. Ohne über das Wesen der Volkswirtschaft tiefer orientiert zu sein, vermag sich jeder einen Begriff zu machen, was diese Summen für das Gedeihen der Wirtschaft bedeuten. Angesichts dessen kommt es naturgemäß sehr wesentlich auf die Bankkosten an. Und hier sehen wir, daß diese Kosten sich immer weiter nach oben bewegen. Was auf diesem Gebiete für Veränderungen eingetreten sind, geht aus nachfolgenden Zusammenstellungen hervor:

#### Baustoffindex (1913 = 100):

	Januar	April	Mai	Juni	Juli	August
1928	157,6	158,2	160,0	160,9	160,8	160,0
1929	156,8	156,9	157,0	157,7	158,8	160,7

#### Bankkostenindex:

	Januar	April	Mai	Juni	Juli	August
1928	172,7	173,3	173,4	173,4	172,8	172,1
1929	171,8	174,3	175,0	175,4	177,1	177,8

Der Baustoffindex hat von April bis August eine Steigerung von vier Punkten erfahren. Welcher Anlaß dafür vorliegt, ist nicht ersichtlich. Der Bankkosten-

index hat im August eine Rekordhöhe erreicht. Er steht um 5,7 Punkte höher als im August des Vorjahres. Als Begründung hierfür werden die erhöhten Zinssätze, die Verteuerung der Baustoffe und natürlich auch die Lohn-erhöhungen ins Feld geführt. Was letztere anbelangt, so sind sie in ihrem Anteil an den gesamten Baukosten so minimal, daß sie wenig ins Gewicht fallen. Einzlig und allein die übrigen Punkte, neben der Sucht, möglichst viel zu verdienen, sind für die Verteuerung des Wohnungsbaues verantwortlich zu machen. Hierbei muß etwas anderes Erwähnung finden. Für Berlin wurde kürzlich einmal eine Berechnung aufgemacht, wonach die Einholung aller baupolizeilichen Genehmigungen und sonstige Laufereien einem Wege von Berlin nach Innsbruck gleichkommen. Während alle übrigen Hemmnisse in gewisser Beziehung zwangsläufig sind, so aber nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Bürokratismus verursacht. Man sollte deshalb diesem Ungeheuer energisch zu Leibe gehen. Der Wohnungsbau steht vor großen Schwierigkeiten. Die hohen Baukosten stehen an erster Stelle. Eine betrübende Feststellung für die Wohnungsuchenden.

### Gewerkschaftliches

#### Gegen Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung.

In gemeinsamer Sitzung haben die hessischen Vertreter des Bezirksausschusses des ADGB, Bezirk Frankfurt am Main, und Vorstand und Landesauschuß der Sozialdemokratischen Partei Hessens zur Reform der Arbeitslosenversicherung Stellung genommen. Nach erfolgter Aussprache kam folgende Entschliebung zur einstimmigen Annahme:

„Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften Hessens erwarten von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie den bei der Reform der Arbeitslosenversicherung beabsichtigten Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, soweit sie sich in einer Kürzung der Leistungen, Verlängerung der Wartezeit, besonders aber auch in weitgehenden Herabsetzungen der Leistungen für die Saisonarbeiter auswirken, schärfsten Widerstand entgegensetzt.“

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung muß in ihrer Leistungsfähigkeit erhalten werden. Die Verpflichtungen des Reiches können sich nicht nur in einer weitestgehenden Subventionspolitik für die Wirtschaft erschöpfen, sondern erfordern auch die Sicherstellung der Sozialpolitik und ihrer Einrichtungen durch ausreichende Zuschüsse des Reiches. Dieser sozialen Verpflichtung darf sich das Reich nicht durch eine Abwälzung der sozialen Lasten auf die Gemeinden, die deren Tragfähigkeit überschreitet, entziehen.“

#### Die Handwerksverbände zur tariflichen Regelung des Lehrlingswesens.

Die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsverbandes haben kürzlich in Breslau zur Regelung des Lehrlingswesens Stellung genommen und dabei eine Entschliebung angenommen, in der es unter anderem heißt: „Bei der großen Bedeutung der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses für die gesamte deutsche Wirtschaft ist die Einbeziehung des Lehrlingswesens in die tarifvertragliche Regelung und die damit verbundenen Wirtschaftskämpfe unerträglich. Die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitskämpfe, die zur Zeit wegen des Lehrlingswesens in den Baubetrieben zu beobachten sind, sind hierfür ein erneuter ernster Beweis. Mit steigender Besorgnis verfolgen daher die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsverbandes die Bestrebungen, die berufsständische Regelung des Lehrlingswesens durch eine tarifvertragliche zu ersetzen. Diese Bestrebungen erscheinen gerade im gegenwärtigen Augenblick um so weniger berechtigt, als sie der Absicht des Entwurfs eines Ausbildungsgesetzes, das die berufsständische Regelung zur Anerkennung bringen will, bewußt entgegenlaufen.“

Zum Schluß wird eine baldige Erklärung der Reichslage vom Reichstag und von der Reichsregierung gefordert. Der letzte Satz der oben mitgeteilten Entschliebung ist der Ausfluß des vom Reichsrat verabschiedeten und dem Reichsrat vorliegenden Berufsausbildungsgesetzes. In diesem Gesetzentwurf wird laut § 24 festgelegt, daß Vereinbarungen zwischen den Parteien des einzelnen Lehrvertrages zulässig sind. Darin kommt eine Mißachtung der tariflichen Regelung zum Ausdruck. Kein Wunder, daß den Unternehmern der Kamm schwillt und sie jede tarifliche Regelung des Lehrlingswesens bekämpfen. Um so eifriger müssen die Gewerkschaften an dieser festhalten. Der Charakter des vorliegenden Berufsausbildungsgesetzes wird durch obige Entschliebung treffend gekennzeichnet.

#### Manu der Arbeit, aufgewacht, und erkenne deine Macht!

Die von den Industrie- und Handelskammern an der Ruhr herausgegebene Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ behandelt in ihren Nummern 33 und 34 die wirtschaftliche Macht der Arbeiterbewegung. In einem Artikel „Die wirtschaftliche Bedeutung des Sozialismus in Deutschland“ wird sehr übersichtlich die umfassende Stärke der deutschen Arbeiterbewegung dargestellt. Bei der Ueberblick über die Gewerkschaften wird die starke Stellung des ADGB hervorgehoben. Besonders wird der Steigerung der Einnahmen der Verbände des ADGB auf rund 222 Millionen Mark im Vorjahre gedacht. Die Arbeiterbank mit ihren Einlagen von rund 125 Millionen Mark und ihrem Umsatz von 2000 Millionen Mark scheint den Herrschaften besonders zu interessieren. Sehr treffend wird die Macht der Konsumvereine hervorgehoben. Desgleichen wird über die Volksfürsorge der Wohnungsbauvereine berichtet. Die politische Organisation der SPD. und deren Pressemacht wird durch imponierende Zahlen illustriert. Eine an sich sehr objektive Würdigung der gesamten

Wirtschaftsmacht der organisierten Arbeiterklasse. Es ist erfreulich, wenn derartige Blätter ihren Lesern in Form von Zahlen die Stärke der Arbeiterbewegung näher bringen. Die bürgerlichen Parteien hätten im Gesamteffekt dieser „Organisierung des Sozialismus“ nicht Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die neueste Methode der Durchsetzung der sozialistischen Idee sei die Wirtschaftsdemokratie. In einem Artikel der nächsten folgenden Nummer wird an den Ausgaben des ADGB herumgekräftelt. Offenbar wollte man dadurch die Wirkung des ersten Artikels abschwächen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Unternehmer der Schwerindustrie für die wirtschaftliche Macht der Arbeiterbewegung immer einen derartig offenen Blick haben und daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen würden. Noch besser wäre es, wenn die Millionen Anhänger und der Haufe der Unorganisierten ihre eigene Macht mit gleicher Schärfe zu erkennen in der Lage wären. Dann würde sich manches Wort erübrigen und die Werbekraft der Arbeiterbewegung unendlich stärker sein.

### Genossenschaftliches

#### Zahlen von der Volksfürsorge.

Die Genossenschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-gesellschaft „Volksfürsorge“ ist heute eins der größten Versicherungsunternehmen und die größte deutsche Volksversicherungsgesellschaft. Im Monatsdurchschnitt kamen Versicherungsanträge herein: 1924: 5385; 1925: schon 17 226; 1926: 20 935; 1927 bereits 31 888; 1928: 45 871; 1929 etwa über 50 000.

Der Versicherungsbestand wuchs an bis Ende des Jahres

Politen	Politen	Versicherungssumme in M.
1924	416 920	110 857 272
1925	558 419	169 477 525
1926	733 738	248 718 017
1927	1 039 726	388 779 246
1928	1 470 140	581 707 735
1929 bis jetzt	1 750 000	700 000 000

#### Das Vermögen der Gesellschaft stieg

im Jahre	1924 auf	5,5 Millionen M.
"	1925	12,5
"	1926	22
"	1927	30
"	1928	54

und dürfte Ende d. J. an 90 " " heran kommen.

Die „Volksfürsorge“ ist ein Versicherungsunternehmen das sowohl organisatorisch als auch finanziell sehr gut fundiert ist. Ihre Aussichten für die Zukunft sind die allerbesten, weil das große Heer der Werkstätigen in Stadt und Land sich immer mehr der „Volksfürsorge“ zuwendet.

#### Die genossenschaftlich organisierten Verbrauchervereine.

Die Angriffe auf die wirtschaftliche Leistung und damit auf die Existenz der genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen, wie sie seitens der deutschnationalen Mittelständler, der Steuergelehrten und der steuerlichen Rechtsprechung seit langem zu beobachten waren, haben ihren wesentlichen Grund in der außerordentlich starken Entwicklung der Konsumgenossenschaften. Ueber die Stärke der Bewegung sind nur insofern falsche Vorstellungen vorhanden, als man die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine von Zeit zu Zeit veröffentlichten Zahlen als die der Gesamtbewegung betrachtet, worunter ihre Bedeutung nicht leidet, auch wenn der Bestand des Hamburger Zentralverbandes als der weitaus stärksten Konsumgenossenschaftlichen Zentralorganisation noch so imponierend ist. Denn neben dem Zentralverband besteht auch noch der Reichsverband deutscher Konsumvereine mit dem Sitz in Köln, der zwar in keiner Weise an den Zentralverband heranreicht, aber mit ihm zusammen eine weit gewaltigere wirtschaftliche Macht repräsentiert, als sie sich in der allgemeinen Vorstellung festgesetzt hat. Nebenbei zu sagen, daß der Hamburger Zentralverband die sogenannte moderne Richtung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung repräsentiert, während der erst viel später gegründete Kölner Reichsverband christlich-gewerkschaftlich tendiert und im Gegensatz zum Zentralverband, der im ganzen Reich fast gleichmäßig stark ist — deshalb seine wesentlichsten Organisationsbestände im Rheinland und Westfalen gruppiert hat.

Wenn man nun, um die Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung von der neuen Wirtschaftskrisisperiode des Jahres 1924 an im Vergleich zu den Jahren 1914 und 1928 ausgeht, so kommt man allerdings zu dem Schlusse, daß es nur diese Entwicklung ist, die die Schärfe des Kampfes der wirtschaftlichen Gegner erklärt und die ungünstige Stellung, die die Konsumgenossenschaften bei der Steuergelehrten und Rechtsprechung einnehmen.

So zählte der Zentralverband im Jahre 1914-1 692 885 Mitgliederfamilien, der Reichsverband 177 358, beide zusammen also 1 870 226 Mitgliederfamilien. Im Jahre 1924 aber lauteten die Zahlen: 3 505 180 und 734 891, zusammen also 4 240 071 Mitgliederfamilien, von denen dann beim Zentralverband während der Jahre 1925 bis 1928 nahezu 700 000 ausgeschlossen wurden, weil sie als sogenannte Papiersoldaten ohne Umsatz ein falsches Bild von der Bewegung gaben. So war denn der Mitgliederbestand im Jahre 1928 folgender: Zentralverband 2 803 232, Reichsverband 783 091; zusammen also: 3 586 323 Mitglieder gegen 1 870 226 im Jahre 1914. Die Mitgliederzahl hatte sich verdoppelt.

Dagegen zeigt der Umsatz noch eine weit stärkere Entwicklung, wovon ja auch der wirtschaftliche Einfluß und die wirtschaftliche Leistung und damit auch die steigenden Gegenstände zur „Konkurrenz“ bedingt sind. So betrug der Umsatz des Zentralverbandes im Jahre 1914 rund 487 Millionen Mark, der des Reichsverbandes rund 45 Millionen Mark, zusammen also: 532 Millionen Mark. Aber im Jahre 1924 waren es beim Zentralverband nur noch 381 Millio-

nen Mark, beim Reichsverband rund 100 Millionen Mark, zusammen also: 481 Millionen Mark. Jedoch 1928, also nur vier Jahre später, kausen die Zähler: 1100 beziehungsweise 180 Millionen Mark, zusammen also 1280 Millionen Mark Umsatz gegen 582 Millionen Mark im Jahre 1914.

In gleicher Zeit, also in der Periode von 1914 bis 1928 waren die in eigenen Unternehmungen erzeugten Waren gestiegen: beim Zentralverband von 104 Millionen Mark auf 303 Millionen Mark, beim Reichsverband von 5 Millionen auf 9 Millionen Mark; zusammen also 109 Millionen Mark im Jahre 1914, auf 312 Millionen Mark im Jahre 1928. Was bedeutet, daß aber ein Drittel des Warenumsatzes auf eigene Produktion entfielen — eine volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Erscheinung.

So wird klar, daß bei dieser starken Entwicklung der Privatindustrie und die Privatwirtschaft im allgemeinen ein Interesse daran haben, diese zu unterbinden. Das gegenteilige Interesse haben die Verbraucher, und sie werden es zeigen.

**Sozialpolitisches**

**Der Sozial- und Kulturaufwand der Kommunen.**

Die sieben in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik über den Zuschußbedarf der Kommunen zeigen mit größter Deutlichkeit, in wie hohem Maße die Kommunen an der Erfüllung der sozialen Aufgaben beteiligt sind und wie die Kommunen eigentlich zu den Hauptträgern der sozialen und kulturellen Arbeit geworden sind. Der gesamte Zuschußbedarf der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug im Jahre 1927/28 rund 3,8 Milliarden. Diese Mittel wurden, nach den einzelnen Aufgabengebieten gegliedert, wie folgt verwendet:

Gesamtaufwand der Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern (in Millionen Mark)	Anteil der Aufgabengebiete am Gesamtaufwand in %
Gesamtaufwand . . . . .	3798
Hiervon:	
Wohlfahrtswesen . . . . .	1191 31,4
Bildungswesen . . . . .	717 18,8
Wohnungswesen . . . . .	578 15,2
Wirtschaft und Verkehr . . . . .	571 15,1
Allgemeine Verwaltung . . . . .	385 10,1
Anstalten und Einrichtungen verschiedener Art . . . . .	208 5,4
Pölyzei . . . . .	158 4,0

Für soziale und kulturelle Zwecke wurden im Jahre 1927/28 von den Kommunen insgesamt 2,5 Milliarden oder fast zwei Drittel des gesamten Zuschußbedarfs verbraucht. In den Großstädten (Kommunen über 100 000 Einwohner) ist der Anteil der Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke noch bedeutend höher; er betrug im Jahre 1927/28 nahezu drei Viertel der Gesamtausgaben.

Die Wohlfahrts- und Kulturausgaben bilden also heute bereits dank des starken sozialistischen Einflusses in den Kommunalverwaltungen in dem kommunalen Etat den weitaus bedeutendsten Ausgabenposten. Andererseits widerlegt diese Statistik auch die Vorwürfe gegen die angebliche Verschwendungswirtschaft der Gemeinden auf dem Gebiete der Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaftsbefähigung. Der Etat der Kommunen ist heute durch unerlässliche Ausgaben für Wohlfahrts-, Wohnungsbau und Bildungszwecke bereits so stark in Anspruch genommen, daß für die zahlreichen anderen wichtigen kommunalen Aufgaben kein ausreichender materieller Spielraum mehr gegeben ist.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich aber mit zwingender Notwendigkeit, daß bei dem kommenden Finanzausgleich unbedingt den Kommunen zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit derjenige Anteil am Gesamtsteueraufkommen, den sie auf Grund der von ihnen getragenen Lasten zu beanspruchen ein Recht haben, gesichert werden muß, und daß die Diskriminierung der Kommunen bei der Anteilbeurteilung im Ausland, die eine Erhaltung sowie den Ausbau der verbunden kommunalen Anlagen verhindert, aufs rascheste beseitigt werden muß.

**Unterschiedlicher Altersaufbau in den einzelnen Industriezweigen.**

Die jetzt auch in Einzelergebnissen vorliegenden Zahlen der Volks- und Berufszählung vom Jahre 1925 bringen auffallendste Zusammenstellungen über den Altersaufbau der arbeitenden Bevölkerung. Zunächst fällt auf der unterschiedliche Altersaufbau zwischen gewerblich-industrieller Bevölkerung und landwirtschaftlicher Bevölkerung. Während die Landwirtschaft einen überdurchschnittlich großen Anteil der Jugendlichen und ebenso der älteren Arbeiter aufweist, finden wir in Industrie und Handel dagegen die mittleren Altersschichten überdurchschnittlich stark vertreten. Jedoch haben auch die einzelnen Berufszweige der Industrie einen sehr verschiedenen Altersaufbau, sowohl was das Verhältnis der beschäftigten Jugendlichen wie der beschäftigten älteren Arbeiter anbelangt. Der Anteil der Jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren beträgt beispielsweise bei den Bäckern 36% der Gesamtzahl der Beschäftigten, bei den Holzarbeitern 29%, bei den Zimmerern 15%, bei den Maschinenarbeitern (Metallindustrie) 8% und bei den Bergarbeitern nur 4%, so daß beispielsweise der Anteil der Jugendlichen bei den Bäckern um 900% höher liegt als im Bergbau! Ähnlich große Unterschiede finden wir, wenn wir den Anteil der älteren Arbeiter über 50 Jahre in den einzelnen Berufszweigen verfolgen. Ihr Anteil beträgt bei den Bäckern 52%, bei den Schuhmachern 48%, bei den Holzarbeitern 38%, bei den Maurern 37% und bei den Zimmerern und Steinarbeitern 18%. Der Anteil der Arbeiter im mittleren Lebensalter (25 bis 50 Jahre) ist am höchsten bei den Lokomotivführern mit 83%, bei den Maschinisten mit 66%, bei den Bergarbeitern mit 58%, bei den Steinarbeitern mit 51% und bei den Zimmerern mit 42,3%. Gerade für die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterorganisationen dürften die Einzelergebnisse der Altersgliederung, getrennt nach den einzelnen Berufszweigen, von größtem Wert sein.

**CARL LEGIEN  
EIN GEDENKBUCH  
VON THEODOR LEIPART**

Carl Legien starb im Dezember 1920. Bald 10 Jahre sind seit seinem Tode verstrichen, aber Carl Legiens Name bleibt unvergessen. Jeder einzelne stand diesem großen Führer der Gewerkschaftsbewegung einmal persönlich nahe, jeder weiß etwas von ihm zu berichten, jeder hat ihn einmal persönlich gesehen und die meisten kennen doch nicht die Einzelheiten seines arbeitsreichen und sorgenvollen Lebens. Keiner kannte ihn aber so gut als sein bester Freund Theodor Leipart, der uns jetzt in einem 187 Seiten umfassenden Gedenkbuch Carl Legiens Leben und Schaffen schildert, daß wir es in seinen frohen und ernsten Stunden so kennen lernen, als wenn er es uns selbst erzählte.

In Leinen gebd. statt 6,00 RM. zum Organisationspreis 4,50 RM.  
Kartonierte statt 5,00 RM. zum Organisationspreis 3,75 RM.

Bestellungen nehmen unsere Ortsverwaltungen und der Verlag unseres „Fachblattes DER MALER“ Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, entgegen.

**Starke Steigerung der Motorradproduktion.**

Die Erzeugung von Kleinrasträdern hat eine wesentliche Erhöhung erfahren. Im Jahre 1928 wurden insgesamt 64 100 Kleinrasträder erzeugt. Bis Ende Juni dieses Jahres wurde eine Steigerung auf nicht weniger als 108 300 Motorräder erzielt. Die Gesamtproduktion 1928 betrug 140 000. Man darf also annehmen, daß in diesem Jahre etwa 200 000 Einheiten von der deutschen Motorradindustrie hergestellt werden. Die Kleinrasträder haben gegenüber 1927 eine Verzehnfachung erfahren. Mit dieser Produktion steht Deutschland an der Spitze sämtlicher Industrieländer. Ihm folgt England mit 160 000 Einheiten. In den Vereinigten Staaten ist die Motorradproduktion nicht so stark entwickelt.

**Beamtenbesoldung und Reichsetat.**

In weiten Kreisen der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, daß die Beamtenbesoldung einen erheblichen Teil der Reichsausgaben ausmache. Ein Blick in den Reichsetat von 1929 beweist jedoch, daß dem nicht so ist. Die Beamtenbesoldung umfaßt lediglich 5,5% des Gesamtaufwandes. Noch kleiner ist der Anteil der Beamtenpensionen, über die die merkwürdigsten Vorstellungen verbreitet sind. Von dem Ruhegehaltsetat von 1,7 Milliarden Mark entfallen auf die Pensionen für Beamte nur 107 Millionen Mark. Vom Gesamtaufwand macht das nur ein Prozent. Die übrige Pensionslast entfällt auf Ausgaben für Offizierspensionen, Kriegsbeschädigtenrenten, Kriegerhinterbliebenenversorgung usw.

Es ist auch ein Irrtum, anzunehmen, daß die Personalausgaben im Laufe der Jahre einen immer größeren Teil des Gesamtaufwandes in Anspruch nehmen. Ein Vergleich des Jahres 1925 mit 1929 ergibt, daß sie vielmehr gesunken sind, und zwar von 9,5% auf 6,5%. Es ist also nicht wahr, daß die Steuern „nur für die Beamtenbesoldung aufgebracht“ werden. Den größten Teil des Reichsetats nehmen die Länderüberweisungen und die Sachausgaben ein. Sie umfassen nach dem Voranschlag des Jahres 1929 74,5% der Gesamtausgaben, während sie 1925 nur 66,2% ausmachten.

**Aus den Arbeitsgerichten**

Der tarifliche Stundenlohn ist zu zahlen; abweichende Vereinbarungen sind unwirksam. In Dresden klagte ein Kollege, der im Frühjahr 1929 bei dem Schriftmaler A. R. angelernt und als Gehilfe weitergearbeitet hatte, auf Nachzahlung von 128,14 M Stundenlohn. Der Meister zahlte dem Junggehilfen statt des zustehenden Tariflohns von 1,23 M pro Stunde nur 80 J. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage, da er den Gehilfen lediglich aus sozialen Erwägungen heraus weiterbeschäftigte, weil sein Vater krank und arbeitslos gewesen wäre. Sowohl mit dem Kläger als auch mit dem Vater des Klägers hätte er schriftlich vereinbart, daß der Kläger ausdrücklich auf Tariflohn verzichte und mit 80 J Stundenlohn einverstanden sei, daß er aber den Gehilfen sofort entlassen hätte, wenn dieser Tariflohn verlangt hätte.

Das Arbeitsgericht hat dem Klageantrag entsprechend den Beklagten zur Zahlung von 128,14 M verurteilt. Es hat die Einwände nicht für stichhaltig befunden. „Denn wenn die Bedingungen über den Abschluß von Arbeitsverträgen durch Tarifvertrag geregelt sind, so sind gemäß § 1 der Tarifvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928 Arbeitsverträge zwischen den beteiligten Personen insofern unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen, es sei denn, daß es sich um Abweichungen handelt, die im Tarifvertrag grundsätzlich zugelassen sind oder eine Milderung zugunsten des

Arbeitnehmers enthalten. An die Stelle der unwirksamen Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages. Der Kläger hat infolgedessen im vorliegenden Fall Anspruch auf die im § 2 des Reichsarbeitsvertrages für das Deutsche Malergewerbe, dessen Allgemeinverbindlichkeit der Beklagte nicht bestritten hat, vorgegebene Vergütung. Dieses Anspruchs ist der Kläger auch nicht dadurch veräußert gegangen, daß er sich im Einverständnis mit seinem Vater bei Eingehung des Arbeitsvertrages schriftlich mit der geringeren Bezahlung einverstanden erklärte und auch später wiederholt die unterschriftliche Entlohnung widerspruchslos annahm. Es soll hier unerörtert bleiben, ob es überhaupt möglich und zulässig ist, auf Ansprüche aus dem Tarifvertrag zu verzichten, wie das RAG in zahlreichen Entscheidungen, zum Beispiel in den Urteilen vom 1. Februar 1928 (RAG 47/1927) und andern, zum Ausdruck gebracht hat, oder ob der im Schrifttum, unter andern von Ripperdey (Beiträge zum Tarifrecht, Seite 18 ff.), Baum (J. W. 1929, Seite 72), Georges (Schlichtungswesen 1925, Seite 178 und 219), Erdel und andere, in der Rechtsprechung zum Beispiel vom O. Leipzig im Urteil vom 25. April 1929 (abgedruckt in „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht“ 1922, Sp. 575), O. Königsberg (Arbeitsrecht 1926, Nummer 1240), O. Münster vom 20. September 1927 (Wensheimer, Band 1, Seite 97), Arbeitsgericht Leipzig vom 18. August 1927 (2 Ang. Arb. 19/27) und andern vertretenen Auffassung, daß ein Verzicht auf tarifliche Ansprüche mit Rücksicht auf die öffentlich-rechtliche Natur dieser Ansprüche rechtlich unwirksam ist, der Vorzug zu geben ist. Denn das Reichsarbeitsgericht hat in den oben zitierten Urteilen den Standpunkt vertreten, daß ein Verzicht auf tarifliche Ansprüche für die Zukunft schlechthin unwirksam ist, weil er eine Abänderung des Tarifvertrages bedeutet, also gegen die Tarifvertragsverordnung verstößt und daher unwirksam sein würde. Das RAG hat sich aber auch hinsichtlich des Verzichtes auf in der Vergangenheit erworbene Tarifansprüche selbst auf den Standpunkt gestellt, daß an einen solchen Verzicht strenge Anforderungen zu stellen sind und daß in der stillschweigenden Annahme untertariflicher Entlohnung nicht ohne weiteres ein Verzicht auf tarifliche Ansprüche zu erblicken ist, da unter Umständen ein wirtschaftlicher Druck, unter dem ein Arbeitnehmer steht, für sein Verhalten bestimmend sein wird. Daß im vorliegenden Fall der Kläger unter einem solchen wirtschaftlichen Druck gestanden hat, der ihn hinderte, seine Ansprüche aus dem Tarifvertrag geltend zu machen, ergibt sich ohne weiteres aus der ausdrücklichen Erklärung des Beklagten, daß er den Kläger, wenn er solche Ansprüche geltend gemacht hätte, ohne weiteres entlassen haben würde. Ist also in dem Verhalten des Klägers ein Verzicht auf die ihm nach dem Tarifvertrag zustehenden Ansprüche nicht zu erblicken, so ist der Kläger auch nicht gehindert, nachträglich diese Ansprüche noch geltend zu machen.“

**Vom Ausland**

**In New York**

sind 6000 Kollegen am 24. August wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Sie fordern eine Arbeitszeit von fünf Tagen in der Woche, also die 40stündige Arbeitswoche, und einen täglichen Lohn von 18 Dollar 15 Cent gegenüber einem Tagesverdienst von 12 Dollar bisher. Die Forderungen unserer Kollegen sind nach vorliegenden Presseberichten von einem grossen Teil der Unternehmer bereits angenommen worden, so dass 11 000 organisierte Maler, Anstreicher und Tapezierer zu den neuen Bedingungen arbeiten.

**Der englische Malerverband 1928.**

Wie unser englischer Bruderverband dem Internationalen Malersekretariat mitteilt, stand das verflossene Jahr im Zeichen bedeutsamer innerer Verbandsreformen. Das Land ist in Gaue und besondere Bezirke aufgeteilt worden, und wo die Kollegen schlecht organisiert sind, wurde der Bezirk in zwei Unterbezirke gegliedert. In jedem Bezirk soll ein sogenannter Bezirks- oder Geschäftsausschuss eingesetzt werden, der aus fünf in dem Bezirk gewählten Mitgliedern bestehen soll. Ferner ist beabsichtigt, besondere Werbeleiter anzustellen, die die verschiedenen Städte ihres Bezirks regelmäßig besuchen und die Propaganda unter den Unorganisierten zu leiten haben würden.

Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug 36 774 (davon 247 weibliche) Ende 1928 in 496 Ortsgruppen. Die verschiedenen Kassen in der Verbandsleitung hatten am Jahreschluss einen Bestand von 74 027 Pfund Sterling. Für Arbeitslosenunterstützung mussten allein 214 028 Pfund Sterling aufgewendet werden.

Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahr sehr gross. So waren beispielsweise Ende Oktober ungefähr 7% der Verbandsmitglieder beschäftigungslos gegen 7% im Oktober 1927. Besonders im Bezirk Süd-Wales war die Wirtschaftslage schlecht. Auch die Schiffbauindustrie hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wobei die Städte an der Nordküste des Landes und Belfast (Irland) am schwersten betroffen wurden. Dieses sind nämlich die wesentlichsten Stätten der Schiffbauindustrie. In den Hafenplätzen, die sich hauptsächlich mit dem Ausbessern von Schiffen befassen, macht sich die Arbeitslosigkeit nicht so stark bemerkbar.

Im Laufe des Jahres fanden drei Lohnkämpfe statt, an denen ungefähr 300 Mitglieder beteiligt waren und dem Verband zirka 4000 Pfund Sterling kosteten. Leider hatten wir bei dem grössten Konflikt in Plymouth keinen Erfolg. Dort hatten unsere Mitglieder versucht, dieselben Löhne, die in den andern Branchen gezahlt werden, für sich zu erzielen. Der Kampf hat jedoch deutlich dargetan, wie unzufrieden unsere Mitglieder mit den ihnen gebotenen geringfügigen Arbeitsbedingungen sind und dass sie fest entschlossen sind, jede Ausdehnung der verschiedenen Entlohnungen zu bekämpfen.

Auf Grund der Bestimmungen des Bleifarben-gesetzes haben eine Reihe von Gerichtsverhandlungen

stattgefunden, worauf die das Gesetz ausser acht lassenden Unternehmer in Strafe genommen wurden. Zur Stellungnahme über die Frage der Zelluloselacke fand eine Sitzung von Vertretern der Verbände der Maler, Wagenbauer, Eisenbahner, Polierer, Möbeltischler, Slukkatoren usw., statt, die nützliche Informationen zeitigte und ein energisches Vorgehen vom gesundheitlichen Standpunkt aus anregte.

Der Verband der Malermeister steht immer noch ausserhalb des paritätischen Landesausschusses der Bauindustrie und nimmt daher an den Verhandlungen über die Regulierung der Löhne und Arbeitsbedingungen nicht teil. Er ist nunmehr so gestellt, dass er die Beschlüsse des paritätischen Landesausschusses zu befolgen hat; versucht er, seine eigenen Bedingungen durchzusetzen, so zwingen wir ihn, die Landesabmachungen zu beachten.

Die inzwischen stattgefundenen Wahlen haben der Arbeiterpartei die Regierungsmacht verschafft. Damit ist auch die bestimmte Erwartung begründet, dass die Fesseln abgestreift werden können, die die Konservative Partei den Gewerkschaften durch ihr berüchtigtes Gesetz über Berufsstreitigkeiten angelegt hat.

**Verchiedenes**

**Wirtschaftspolitische Studienreise Berlin vom 6. bis 16. Oktober 1929.**

Berlin im wirtschaftlichen und sozialen Querschnitt und Berlin als Siedlungsgebiet, als größte menschliche Zusammenballung auf dem europäischen Festland, zu veranschaulichen, das ist der Zweck der Studienreise, die der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit in der zweiten Oktoberwoche (6. bis 16. Oktober) veranstaltet. Nach der mit gutem Erfolg durchgeführten Junireise ins Ruhrgebiet soll nunmehr das größte Wirtschaftszentrum des Reiches in Augenschein genommen werden. Die Reichshauptstadt soll im wesentlichen von drei Gesichtspunkten aus erforscht werden: als Industriestandort, als Handels- und Verkehrszentrum und schließlich vom Standpunkt der Kommunalwirtschaft. Die Reise ist als eine Arbeitsgemeinschaft gedacht; den Teilnehmern soll Gelegenheit gegeben werden, das Gesehene, Gehörte und Erlebte in gemeinschaftlichen Aussprachen, die durch Vorträge eingeleitet werden, zu vertiefen. Besondere Bedeutung erlangt diese Studienreise angesichts der am 17. November für ganz Preußen angelegten Kommunalwahlen. Jeder sozialistische Kommunalpolitiker und darüber hinaus jeder denkende Sozialist wird hier Gelegenheit haben, einmal aus eigener Erfahrung die gewaltigen Leistungen der Berliner Stadtverwaltung, an denen die Sozialdemokratie beteiligt ist, kennenzulernen. Das Reiseprogramm muß notwendigerweise aus Rücksicht auf Zeit auf das Wesentlichste beschränkt werden. So wird die Berliner Kommunalwirtschaft vor allem vom Standpunkt des Wirtschaftspolitikers studiert werden. Hier soll vor allem das große Verkehrsproblem der Weltstadt beleuchtet sowie die übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt besichtigt werden. Auch die städtischen Siedlungen und Güter werden besucht. An einzelnen Besichtigungen sind unter anderem vorgesehen: Großkraftwerk Klingenberg, Konjunkturgenossenschaftliches Warenhaus, das neue Warenhaus Karstadt, A. E. G., Borsig, ein Automobilbetrieb, das neue Riesenkühlhaus am Osthafen, eine Motorbootrundfahrt durch den Westhafen, Flugplatz Tempelhof (bei gutem Wetter Rundflug über Berlin), daneben die zentralen Einrichtungen der Arbeiterbewegung. — Die Leitung der Studienreise hat Dr. Wienstock übernommen. — Ausführliche Prospekte und Teilnahmebedingungen sind beim Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 1. Hof, 3. Stock, zu haben.

**Fachtechnisches**

**Patentschau**, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

**Gebrauchsmuster.**

RI. 75c 1 083 871. Grundschablonen zur Herstellung von Teilstücken für Mojakmutter. Hans Martin Fischer, Heidelberg, Bergstraße 55.

RI. 75c 1 083 794. Pneumatischer Sprühapparat. Ernst Schulze, Berlin N 31, Anklamer Straße 34.

**Angemeldete Patente.**

RI. 75c L. 73 678. Sprühverfahren und Vorrichtung dazu. Dipl.-Ing. Karl Ludwig, Hamburg 37, Hansastraße 65.

RI. 22g K. 94 525. Reinigungsmittel, insbesondere für weiße Öl- und Lackanstriche. Max Koch, Chemnitz, Annaberger Straße 5.

**Fachliteratur**

**Die Berufsverhältnisse im deutschen Baualtergewerbe.** Ergebnisse einer Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Malerberuf. Bearbeitet und herausgegeben vom Verband der Maler, Lackierer usw., Hamburg 36. Es ist dringend zu wünschen, daß dieses vorzügliche Material, das in die gesamten beruflichen Verhältnisse im Baualtergewerbe hineinleuchtet, in die weitesten Kreise der Kollegenschaft gelangt. Der Buchpreis ist deshalb für unsere Verbandskollegen weit unter dem Selbstkostenpreis festgesetzt worden. Das Werk ist durch die Filialverwaltungen zu beziehen.

**„FACHBLATT DER MALER“**

Monatszeitschrift im Abonnement, durch die Filiale bezogen, vierteljährlich ... **4,50 RM**

**DIE PERSPEKTIVE FÜR DEN DEKORATIONSMALER**

Ein Lehrbuch für Maler und Zeichner zum Selbstunterricht. 100 Abbildungen **4,- RM**

**DIE TECHNIK DER HOLZMALEREI**

12 Tafeln auf Karton in Ganzleinenmappe, 24 Seiten Text mit Illustrationen, Erläuterung des Arbeitsganges, der Farben und Lasuren, Mappe und Text **18,- RM**

Die Anleitung zum Selbstunterricht in der Holzmalerei mit vielen Abbildungen **1,- RM**

**DER WEG ZUR FARBE**

Durch Ordnung, Maß und Gesetz zu methodischen Grundlagen farbiger Harmonie. Mit 25 zehnfarbigen Tafeln für Anschauung und Versuch ... **15,- RM**

**FARBIGE RAUMKUNST** MAPPE 1 MAPPE 2

Enthalten je 30 farbige Tafeln der Jahrgänge 1925 und 1926 des Fachblatts auf Karton ... je **8,- RM**

**FACHBLATT-JAHRGÄNGE**

Gebunden in Ganzleinen, Jahrgang 1925	<b>18,- RM</b>
" " " " 1926	<b>22,- RM</b>
" " " " 1927	<b>25,- RM</b>
" " " " 1928	<b>25,- RM</b>

**EINBANDECKEN FÜR KOMPLETTEN JAHRGANG**

In Ganzleinen mit Vorsatzpapier und Inhaltsverzeichnis ... je **3,50 RM**

**FACHLITERATUR JEDER ART**

**VOM VERLAG:**

**HAMBURG 36, ALSTER-TERRASSE 10**

**Veranstaltungen**

**Bericht der Hauptkasse für die Zeit vom 1. bis 31. August.**

Altenburg 550 M, Aschaffenburg 500, Augsburg 800, Bamberg 1080, Bayreuth 350, Berlin 2000, Bielefeld 1500, Bielefeld 1500, Brandenburg 600, Braunschweig 2000, Bremen 5000, Bremerhaven 2000, Breslau 5800, Bunzlau 100, Chemnitz 2800, Crimmitschau 200, Cuxhaven 350, Darmstadt 4275, Dessau 1100, Deutsch-Krone 180, Dresden 5250, Düren 180, Düsseldorf 1000, Eberswalde 200, Eisenach 620, Elberfeld 1700, Elbing 300, Emden 500, Erfurt 500, Flensburg 600, Forst 1000, Frankfurt am Main 5800, Frankfurt an der Oder 950, Freiberg 170, Fürstentum 150, Gießen 1200, Glogau 250, Görlitz 750, Gotha 2300, Greifswald 80, Guben 500, Halle 800, Hamborn 250, Hamburg 13 000, Hamm 200, Hannover 10 700, Heilbronn 600, Herford 850, Hildesheim 120, Hirschberg 325, Hof 300, Jena 300, Kaiserslautern 350, Kiel 2520,85, Koblenz 300, Koburg 200, Köln am Rhein 1000, Königshütte 200, Köslin 500, Kottbus 300, Kulmbach 150, Lahr 50, Landshut 70, Leipzig 5950, Liegnitz 500, Lübeck 1500, Lützenwalde 500, Lüneburg 250, Marburg 800, Meerane 400, Mülheim 220, Münster 300, Neisse 300, Neustadt 130, Neustettin 80, Neustrelitz 650, Neuwied 21,28, Niesky 330, Nordhausen 1000, Nürnberg 4900, Oldenburg 485, Osnabrück 650, Pforzheim 250, Plauen 2000, Prenzlau 300, Rathenow 350, Regensburg 350, Reichenbach 250, Rendsburg 390, Rostock 500, Schweinfurt 200, Schwerin 900, Sorau 250, Spremberg 300, Straßburg 650, Stuttgart 5000, Tifflitz 600, Waldenburg 900, Weimar 400, Wiesbaden 3950, Wilhelmshaven 1500, Wismar 400, Wolfenbüttel 250, Würzburg 1800, Zeitz 1000, Zwickau 280.

L. Ringel, Kasseler.

**Literarisches**

**Groß-Hamburg.** Der Neue Deutsche Verlag, Berlin W 8, beginnt mit einem Reiseführer durch Hamburg eine neue Bücherreihe, die hauptsächlich Informationen über die wirtschaftliche Struktur der einzelnen Stadtabschnitte bringen und ihre politische Bedeutung kennzeichnen soll. Ebenso hat der Führer besonderen Wert auf die wichtigsten Fest- und Märktrouten, auf die Institutionen des Proletariats, Volkshäuser, Jugendherbergen gelegt. Das vorliegende Büchlein enthält 3 Karten. Der Preis beträgt 1 M.

**„Gesundheit“**, Zeitschrift für gesündliche Lebensführung des „Gesundheitsvolkes“. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Jede Nummer dieser lehrreichen Zeitschrift bringt eine Reihe interessanter Abhandlungen und praktische Ratsschläge für moderne Gesundheitspflege. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

In der soeben erschienenen Augustnummer der „Sozialistischen Bildung“ behandelt Dr. Julius Roeser unter der Überschrift „Der Kampf um die Wissenschaft“ den ganz komplexen Fragen, die mit der Notgemeinschaft zusammenhängen. Darüber hinaus umreißt er in klarer Weise die Stellung, die die Sozialdemokratie zur Wissenschaft einnimmt. Der Aufsatz von H. Abraham „Die Soziallehre in der Arbeiterbildung“ kehrt allen Arbeiterbildnern willkommenes Material für die Einbürgerung der Sozial- und Verwaltungswissenschaften in das System der proletarischen Bildungsarbeit. Professor R. S. Bage fest seine inspirierende Artikelreihe über „Richtungen und Strömungen in der modernen Pädagogik“ fort. Karl Schröder behandelt das Problem der proletarischen Kunst, das vor kurzem Gegenstand einer Umfrage in der „Literarischen Welt“ war. — In der „Sozialistischen Bildung“ der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung“, schreibt F. Adams über die „Internationale Kinderrepublik Ermelund“ F. Ransen über die „Individualisierende und kooperative Pädagogik“. In der „Bücherwart“ sei vor allem auf die Befragungen von Sinclair „Boston“ und Wärmers „Eros im Buchhaus“ hingewiesen. — Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwart“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preis von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 S. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

„Zusammenfassende Reichsdarstellung“, Verlag F. S. W. Die Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Bezugspreis für die Nummer 25 S. Die belehrende, wöchentlich erscheinende republikanische Zeitschrift verdient weitest Verbreitung. „Die Gemeinwirtschaft“, Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, ist für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung interessierten eine außerordentlich wertvolle Zeitschrift. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Buchhandlung, jeder Post und direkt beim Verlag: „Die Gemeinwirtschaft“, Hermannsdorf i. Thür., Probenummern umsonst vom Verlag „Der Wahre Jakob“. Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung. Erscheint vierzehntäglich und kann durch die Post, alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag F. S. W. Die Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bezogen werden. Preis der Nummer 30 S.

Vom 2. Sept. bis 8. Sept. ist die 36. Beitragswoche  
Vom 9. Sept. bis 15. Sept. ist die 37. Beitragswoche

**Sterbetafel.**

Berlin. Am 20. August starb der Kollege Richard Otto geboren am 12. März 1877 in Breitenau. — Am 29. August starb der Kollege Hermann Albrecht geboren am 12. November 1877 in Hirschberg.

Breslau. Am 5. August starb unser Jungkollege, der Schildermalerlehrling Herbert Schmalisch im 16. Lebensjahre an den Folgen einer Bauchfellvereiterung.

Friebberg. Am 17. August starb plötzlich unser treues Mitglied Ernst Wilhelm Wolf, nach 31 jähriger Mitgliedschaft.

Gumbinnen. Am 13. August starb unser junger Kollege Heinrich Arik im blühenden Alter von 20 Jahren durch Unglücksfall beim Baden.

Oberlitz. Am 22. August starb unser Kollege Max Steiner im Alter von 44 Jahren an den Folgen einer Operation.

Hamburg. Am 26. August starb unser Kollege Karl Groh im Alter von 25 Jahren infolge eines Unfalles.

München. Am 27. Juli starb nach längerer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege Max Wellentin im Alter von 41 Jahren.

Niesky. Am 19. August starb unser ältestes und treues Mitglied, der Kollege Julius Hartmann an Schlaganfall.

Wanne-Eickel. Am 10. August starb unser treues Mitglied Jakob Siebmann im Alter von 29 Jahren nach längerer Krankheit.

Wilhelmshaven. Am 28. August starb infolge eines Herzschlages unser treuer Kollege Wilhelm Bötke im Alter von 41 Jahren. Er war 23 Jahr bei uns Mitglied. **Ehrendem Andenken!**

**Fernunterricht** über Malerbuchführung, Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer ohne Berufsbildung. **Franz Wenzel**, Raunhof b. Leipzig

Neu von A-Z

**Der Große Brockhaus**

Handbuch des Wissens in 20 Bänden

Das größte volkstümliche

Nachschlagewerk der Gegenwart

mit über 200 000 Stichwörtern auf etwa 15 000 Seiten, über 17500 Abbildungen sowie 210 Karten u. Plänen.

**Wollen Sie**

Ihr altes Lexikon in Zahlung geben?

**Wollen Sie**

die durch das bandweise Erscheinen bedingten günstigen Ratenzahlungen ausnützen?

Dann ist jetzt die richtige Zeit

**Band I und II bisher erschienen**

Näheres über die vorteilhaften Bezugsbedingungen bei Ihrem Buchhändler. — Reichsbilderte Broschüre „Der Große Brockhaus neu von A-Z“ für Interessenten kostenlos und unverbindlich.

**F.A. BROCKHAUS/LEIPZIG**